



Unterstützungsbedarf von Geflüchteten und die Rolle des Ehrenamtes: Das Beispiel der Stadt Leipzig

Birgit Glorius

Chemnitz, November 2017

Die „Chemnitzer Beiträge zur Humangeographie online“ beinhalten Ergebnisse von Projekten, Tagungen, Arbeitskreisen, Seminaren und sonstigen Veranstaltungen. Sie erscheinen in unregelmäßiger Folge.

Autorin:

Birgit Glorius, Juniorprofessur Humangeographie Ostmitteleuropas am Institut für Europäische Studien der TU Chemnitz

Herausgeberin der „Chemnitzer Beiträge zur Humangeographie online“:

Jun.-Prof. Dr. Birgit Glorius
Technische Universität Chemnitz
Institut für Europäische Studien
Humangeographie Ostmitteleuropas
09107 Chemnitz

<http://www.tu-chemnitz.de/phil/europastudien/geographie>

Alle Rechte vorbehalten. Chemnitz 2017

ISSN 2199-8337

Inhalt

Abbildungsverzeichnis	4
Tabellenverzeichnis.....	4
Verzeichnis der Textkästen	4
1. Hintergrund und Ziele der Studie.....	5
2. Aufnahme von Geflüchteten und die Rolle des Ehrenamtes	7
3. Geflüchtete in Leipzig und ehrenamtliche Hilfestrukturen	10
3.1 Datenlage.....	10
3.2 Anzahl und Unterbringung von Geflüchteten in Leipzig	10
3.3 Ehrenamtliche Hilfsangebote für Geflüchtete in Leipzig.....	13
4. Unterstützungsbedarfe aus Sicht der Sozialbetreuer/innen in Gemeinschaftseinrichtungen und die Rolle des Ehrenamtes	15
4.1 Studienkonzeption und -durchführung	15
4.2 Charakterisierung der Einrichtungen.....	17
4.3 Individuelle und institutionelle Kooperationen im Bereich des Ehrenamtes	18
4.4 Einsatzbereiche und Qualifikationsprofil der ehrenamtlichen Helfer/innen	19
4.5 Gegenwärtige und zukünftige Schwerpunkte der haupt- und ehrenamtlichen Arbeit in der Flüchtlingshilfe.....	21
4.6 Perspektiven auf das Management des Ehrenamtes	26
4.7 Zwischenfazit	29
5. Unterstützungsbedarf, persönliche Ressourcen und Strategien aus Sicht der Geflüchteten ...	31
5.1 Methode.....	31
5.2 Charakterisierung der Befragten.....	31
5.3 Strategien der Informationsrecherche.....	33
5.4 Aktuelle Problemlagen und Unterstützungsbedarf.....	36
5.5 Zwischenfazit	41
6. Vergleichende Ergebnisdiskussion und Schlussfolgerungen	42
7. Fazit und Handlungsempfehlungen.....	46
Best Practice: Internationalität und Diversity Management in der Stadt Frankfurt am Main	52
Literaturverzeichnis.....	53

Abbildungsverzeichnis

<i>Abbildung 1: Anzahl zugewiesener Geflüchteter in Leipzig, 2005-2017 (KW42)</i>	11
<i>Abbildung 2: Ehrenamtliche Arbeits- und Vernetzungsangebote in Leipzig, nach Häufigkeit der Angebotsnennung im Schlagwortverzeichnis</i>	13
<i>Abbildung 3: Einsatzgebiete ehrenamtlicher Helfer/innen in den GU's (Anteile in % aller befragten Einrichtungen)</i>	20
<i>Abbildung 4: Wen wünschen sie sich für die Übernahme dieser Aufgaben? (Anteile in % aller befragten Einrichtungen)</i>	23
<i>Abbildung 5: Bedarf an Ehrenamtlichen</i>	26
<i>Abbildung 6: Aktivitäten der GU's zur Beratung und Betreuung von Ehrenamtlichen</i>	27
<i>Abbildung 7: Wünsche für die Schulung und Betreuung von Ehrenamtlichen (in % der Befragten)</i> ...	28
<i>Abbildung 8: Informationsbedarf hinsichtlich der Schulung und Betreuung von Ehrenamtlichen (in % der Befragten)</i>	29
<i>Abbildung 9: Aufenthaltsdauer in Deutschland, in Monaten</i>	32
<i>Abbildung 10: Deutsch-Kenntnisse der Befragten, in % an allen Befragten</i>	32
<i>Abbildung 11: Sprachniveau nach Europäischem Referenzrahmen (Selbstauskunft, Anteil in % an allen Befragten)</i>	33
<i>Abbildung 12: Informationsrecherche über persönliche Kontakte, Anteile in % an allen Befragten</i> ...	34
<i>Abbildung 13: Persönliche Unterstützung bei der Informationsbeschaffung durch eine Person die... (Anteile in % an allen Befragten)</i>	35
<i>Abbildung 14: Was ist aktuell am wichtigsten? (Anteile in % an allen Befragten)</i>	37
<i>Abbildung 15: Was sind momentan existenzielle Fragen/Sorgen? (Anteile in % an allen Befragten)</i> .	37
<i>Abbildung 16: Unterstützungsbedarf im Bereich „Arbeit“ (Anteile in % an allen Befragten)</i>	38
<i>Abbildung 17: Unterstützungsbedarf im Bereich „Alltag“ (Anteile in % an allen Befragten)</i>	39
<i>Abbildung 18: Unterstützungsbedarf im Bereich „Sprache“ (Anteile in % an allen Befragten)</i>	39
<i>Abbildung 19: Unterstützungsbedarf im Bereich „Mobilität“ (Anteile in % an allen Befragten)</i>	40
<i>Abbildung 20: Unterstützungsbedarf im Bereich „Kinder/Elternschaft“ (Anteile in % an allen Befragten)</i>	40

Tabellenverzeichnis

<i>Tabelle 1: In Leipzig lebende Geflüchtete nach Versorgungsform, Februar 2017</i>	12
<i>Tabelle 2: Überblick über die befragten Träger von Gemeinschaftseinrichtungen für Geflüchtete</i>	17
<i>Tabelle 3: Anlassbezogener und langfristiger Unterstützungsbedarf für Geflüchtete, nach Einsatzgebieten (Anteile in % aller befragten Einrichtungen)</i>	22
<i>Tabelle 4: Welche Merkmale und Eigenschaften sollten die gewünschten Ehrenamtlichen haben? (Anteile in % aller befragten Einrichtungen)</i>	25

Verzeichnis der Textkästen

<i>Textkasten 1: Problembereiche in der Koordinierung des Ehrenamtes, Perspektive von Freiwilligenagenturen; Zitate</i>	8
<i>Textkasten 2: Anforderungen, die wir an Ehrenamtliche stellen (Auswahl offener Antworten)</i>	21
<i>Textkasten 3: Personalbedarf, Qualifikation und Bedeutung dieser Investition</i>	24

1. Hintergrund und Ziele der Studie

Der große Zustrom an Asylsuchenden in den Jahren 2014 und 2015 hat sowohl die zuständigen Bundes- und Landesbehörden als auch die Städte und Gemeinden überrascht. Vor allem während des „langen Sommers der Migration“, als eine große Zahl von Asylsuchenden über die Balkanroute Deutschland erreichte, wurde vielerorts nur noch im Notfallmodus agiert. Im Mittelpunkt stand die Unterbringung und Erstversorgung der Asylsuchenden, wobei vielfach provisorische Unterkünfte genutzt wurden. Die weiterführende Versorgung und Betreuung der Geflüchteten wurde in vielen Kommunen maßgeblich durch den großen Einsatz ehrenamtlicher Helfer/innen bewältigt.

Der Stadt Leipzig wurden im Jahr 2015 insgesamt 4.230 Asylsuchende zugewiesen, die überwiegend in den Monaten September bis Dezember ankamen (Stadt Leipzig 2017). Hinzu kamen Asylsuchende, die im Rahmen der Erstaufnahme vorübergehend in der Stadt untergebracht wurden, sowie fast 800 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, die nach Maßgaben der Jugendhilfe betreut werden müssen. Zum Teil wurden für die Erstunterbringung Turnhallen umfunktioniert und Zeltstädte errichtet; die größte Notunterkunft stellte die Messehalle 4 auf der Leipziger Neuen Messe dar, in der zeitweise bis zu 1.800 Menschen unterkamen. Hilfswerke wie das Deutsche Rote Kreuz, die Johanniter Unfallhilfe oder der Malteser Hilfsdienst übernahmen die Leitung dieser Einrichtungen, was aufgrund der Geschwindigkeit des Zustroms hauptsächlich mit neu rekrutierten und ehrenamtlichen Hilfskräften möglich war.

Durch den Rückgang der Einreisezahlen im Jahr 2016 sind viele Kommunen inzwischen in eine Phase der Konsolidierung eingetreten. Notunterkünfte konnten nach und nach geschlossen werden, neue, reguläre Einrichtungen wurden fertig gestellt, und auch die Perspektive der Akteur/innen im Kontext der Arbeit mit Asylsuchenden änderte sich. Da viele Asylsuchende ihre Asylverfahren durchlaufen haben und einen Aufenthaltsstatus erhielten, liegt der Fokus nun nicht mehr auf der Soforthilfe und der Erfüllung unmittelbarer Bedürfnisse, sondern auf Fragen, die eine längerfristige Integration betreffen, wie z.B. Zugang zu Sprachkursen, Schulen und Ausbildungsplätzen, die Suche nach einer eigenen Wohnung und einem Arbeitsplatz bzw. die Frage der Berufsanerkennung, Familiennachzug und psychische Gesundheit. Zugleich ist gerade in den Gemeinschaftsunterkünften der Bedarf an emotionaler und sozialer Unterstützung weiterhin hoch und die Annäherung an die deutsche Gesellschaft ohne individuelle Unterstützung oftmals nicht erfolgreich.

In der Stadt Leipzig existiert ein dichtes Netz an Hilfs- und Informationseinrichtungen und eine große Zahl von Menschen, die sich im Bereich der Flüchtlingsintegration ehrenamtlich engagieren wollen. Viele zivilgesellschaftliche Organisationen sind zu diesem Zweck entstanden oder haben ihr Profil erweitert, so dass eine gewisse Unübersichtlichkeit entstanden ist.

Das Problem der fehlenden Übersicht über Angebote in der Flüchtlingshilfe in Leipzig benannten auch die Teilnehmer/innen des Forums Bürgerstadt, die auf Einladung der Stiftung „Bürger für Leipzig“ Ende 2016 in der Volkshochschule zusammengekommen waren. Auf die Frage „Was brennt unter den Nägeln?“ identifizierten sie zwei große Problembereiche: 1) die Situation und Perspektiven der jungen, allein reisenden Männer (insbesondere nach dem Auszug aus der Wohngruppe des Jugendamtes oder der Gemeinschaftsunterkunft) sowie 2) die fehlende Übersicht über ehrenamtliche Angebote und Anbieter/innen bzw. Doppelungen oder am Bedarf vorbeigehende Angebote.

Dies ist der Ausgangspunkt der vorliegenden Studie, die anhand einer repräsentativen Befragung von Sozialbetreuer/innen in den Gemeinschaftseinrichtungen der Frage nachging, welche ständigen Informations- und Unterstützungsbedarfe existieren und wie diese Bedarfe gestillt werden. Begleitend wurden in den Gemeinschaftsunterkünften lebende Geflüchtete in kleiner Zahl selbst zu ihren Bedürfnissen und Wünschen befragt. Die empirische Bearbeitung dieser Frage soll

- Aufschluss über die Hilfebedarfe und Bewältigungsstrategien von Geflüchteten in Gemeinschaftseinrichtungen geben,
- den Ist-Zustand aus Sicht der Sozialbetreuer/innen ermitteln, und
- durch eine Spiegelung beider Perspektiven Aufschluss über die Passfähigkeit des Unterstützungsnetzwerks für Geflüchtete in Leipzig geben und weitere Bedarfe sowie Verbesserungsmöglichkeiten aufzeigen.

2. Aufnahme von Geflüchteten und die Rolle des Ehrenamtes

Medienberichte, erste Studien sowie Alltagserfahrungen zeigen nicht nur für die Stadt Leipzig, wie bedeutend die Rolle von zivilgesellschaftlichem Engagement im Rahmen der Aufnahme und Integration von Geflüchteten ist. Das ehrenamtliche Engagement für Geflüchtete hat sich in den vergangenen Jahren zu einem der größten Engagement-Bereiche in Deutschland entwickelt. Eine durch die EKD in Auftrag gegebene Repräsentativstudie ermittelte für November 2015 einen Anteil von 7,3% ehrenamtlich Engagierten in der Flüchtlingshilfe; dieser Wert stieg bis Mai 2016 auf 8,7% an. Überdies erklärten drei Viertel der Befragten ihre generelle Bereitschaft zum Engagement in der Flüchtlingshilfe (Ahrens 2017: 42). Der Zustrom von Ehrenamtlichen führte zu einer veränderten Zusammensetzung der Engagement-Landschaft: Während vor 2015 vorwiegend bewegungsnahe Akteur/innen (Friedens- und Eine-Welt-Initiativen, Antirassismus-Gruppen, kirchliche Gruppen) in der Flüchtlingshilfe tätig waren, kamen seit 2015 Menschen hinzu, denen jegliche Erfahrung mit Themen wie Flucht, Migration, Integration und Interkulturalität fehlte (Karakayali 2016: 3).

Die Formen des Engagements Ehrenamtlicher sind ebenso vielfältig wie die Einsatzgebiete. Neben etablierten Hilfsorganisationen und bereits langjährig existierenden Helferkreisen haben sich viele neue Initiativen gebildet, die teils sozialraumbezogen, teils auf spezifische Aufgabengebiete hin orientiert sind. Daneben gibt es spontane und kurzfristige Initiativen sowie individuelle Helfende. Die Bereiche des Engagements sind vielfältig und reichen von der Akquise, Aufbereitung und Verteilung von Sachspenden (z.B. Kleiderkammer, Möbelbörse, Fahrradwerkstatt) über Betreuungs- und Begegnungsangebote (z.B. Freizeitangebote für Kinder, Nachbarschaftscafés), Alltagsbegleitung (Behördengänge, Arztbesuche, Übersetzen) bis zur Erteilung von Sprachunterricht (Speth und Becker 2016).

Dabei sind Ehrenamtliche vielfach ergänzend oder auch kompensierend zum Hauptamt tätig, so dass teilweise die Frage entsteht „wie dieses Engagement sinnvoll gebündelt und (...) gesteuert werden kann“ (Aumüller et al. 2016: 88). In ihrer Expertise für die Friedrich-Ebert-Stiftung weisen Schammann und Kühn (2017: 26) auf das mögliche Konfliktpotenzial hin, welches aus dem unterschiedlichen institutionellen Arbeitsauftrag von Haupt- und Ehrenamtlichen resultiert. Während die einen mit großer Spontanität und Hartnäckigkeit das Wohlergehen einzelner Schützlinge verfolgen, habe die behördliche Seite den Blick eher auf das Gesamtbild und handele im Rahmen von klar umrissenen und rechtlich fixierten Aufträgen. Schammann und Kühn (2017) kommen zum Ergebnis, dass die Kooperation zwischen Ehren- und Hauptamtlichen sich erfolgreich gestalten lässt, insofern „es

grundsätzlich gelingt, in der Flüchtlingsthematik miteinander und nicht gegeneinander zu agieren“ (Schammann und Kühn 2017: 26, Hervorhebungen durch die Autorin; vgl. auch Schiffauer et al. 2017).

Eine Umfrage der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa e.V.) unter 87 Freiwilligenagenturen im September 2015 zeigte einerseits die großen Potenziale der zivilgesellschaftlichen Organisationen, wies aber auch auf Überforderung und Überlastung angesichts der rasch veränderlichen Rahmenbedingungen, der Vielzahl an Anfragen und der häufig schlechten strukturellen Ausstattung hin (bagfa 2016, S. 3, vgl. Textkasten 1). Als größte Hindernisse vor Ort wurden mangelnde Koordination (74,0%), fehlende Ressourcen (68,8%) sowie fehlendes Informationsmanagement (48,1%) genannt. Weitere häufig genannte Probleme waren (falsche) Erwartungen der Freiwilligen, Konkurrenz und mangelnde Kooperation der Akteur/innen sowie mangelnde Unterstützung durch die Kommune (bagfa 2016: 14).

Textkasten 1: Problembereiche in der Koordinierung des Ehrenamtes, Perspektive von Freiwilligenagenturen; Zitate

„Es haben sich in X für die Mithilfe im Erstaufnahmecamp mehr als 600 Freiwillige gemeldet, die alle aktiv werden wollen. Eine so große Anzahl von Freiwilligen zu managen, stellt die Stadt und uns vor eine große Herausforderung...“

„Obwohl unter dem Dach der Freiwilligen-Agentur eine halbe Personalstelle [...] geschaffen wurde, ist das nur ein Bruchteil der Ressource, die momentan zur Koordinierung wirklich gebraucht würde.“

Nötig sind „...mehr Ressourcen an der Schnittstelle zwischen Freiwilligenkoordination und den Flüchtlingen [...] – Brückenbauer, z.B. in den Gemeinschaftsunterkünften und der Nachbetreuung, wenn sie in der eigenen Wohnung sind.“

Nötig sind „zeitliche und finanzielle Ressourcen [...] in der Stadtverwaltung für eine echte, kompetente Schnittstelle zur Zivilgesellschaft [...] zum anderen in den Stadtteilen, wo sich ehrenamtliche Willkommensbündnisse gebildet haben.“

Quelle: bagfa 2016

Aus Sicht der Geflüchteten kann die Vielzahl und Diversität der ehren- und hauptamtlichen Akteur/innen in der Flüchtlingsarbeit auch Verwirrung hervorrufen, wie eine Studie des MPI zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften am Beispiel der Stadt Göttingen zeigte (Vertovec et al. 2017). Angesichts der über 30 verschiedenen Institutionen und Initiativen, die in Göttingen für die Unterstützung Geflüchteter aktiv waren, hatten die befragten Geflüchteten erhebliche Mühen, sich einen Überblick zu verschaffen:

„Wer ist wer, wer kann welche Art von Hilfe anbieten – und wer nicht, wer ist Angehöriger einer staatlichen Institution (oder kann anderweitig das Resultat des

Asylverfahrens beeinflussen), oder wer ist einfach nur eine freundlichen Person, die Hilfe anbietet.“ (Vertovec et al. 2017: 9, übersetzt durch die Autorin).

Im Ergebnis haben die genannten Studien bereits verschiedene Empfehlungen zum Auf- und Ausbau der Schnittstellenkoordination und zur Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements gegeben, von denen an dieser Stelle exemplarisch und stichwortartig die Handlungsempfehlungen der Heinrich-Böll-Stiftung (Karakayali 2017: 5-8) vorgestellt werden, auf die in der abschließenden Diskussion der Leipziger Befunde nochmals Bezug genommen wird:

- **Ehrenamtliche entlasten, damit sie Energie für die wesentlichen Aufgaben haben:** Abbau struktureller Defizite in Behörden, um die Begleitung von Behördengängen zu reduzieren; interkulturelle Öffnung der Verwaltung; Ehrenamtliche, die Defizite staatlicher Aufgaben ausgleichen müssen, werden am Aufbau einer zivilen Willkommengesellschaft behindert;
- **Ehrenamtliche Initiativen sollten von der Zivilgesellschaft unterstützt werden:** (auch finanzielle) Unterstützung durch öffentliche Förderung, Stiftungen, etablierte Organisationen; Austausch auf Augenhöhe, z.B. in Form Runder Tische;
- **Medien und Politik müssen die Arbeit der Initiativen sichtbar machen:** professionelle Öffentlichkeitsarbeit mit kommunaler Unterstützung; Anerkennungskultur;
- **Übersetzungsarbeiten müssen staatlich organisiert werden:** ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit sollte staatliche Aufgaben (dazu gehört die Übersetzung bei Behördengängen) nur im Notfall unterstützen und keinesfalls strukturell ersetzen;
- **Koordinationsstellen müssen finanziell abgesichert werden:** ohne Koordination keine Vernetzung; um eine kontinuierliche Koordination zu gewährleisten, sollten Finanzierungsmöglichkeiten gefunden werden;
- **Regeln und Vereinbarungen für Kooperationen zwischen Verwaltungen und Initiativen festlegen:** unterschiedliche Fähigkeiten beiderseits anerkennen und sinnvoll kombinieren;
- **Initiativen brauchen Supervision und Weiterbildung:** teils aus Sozialberufen bekannte Merkmale von Entgrenzung und problematischen Emotionen; professionelle Supervision und Weiterbildung sind wichtige immaterielle Unterstützungsangebote;
- **Selbstorganisation und Teilhabe von Geflüchteten unterstützen:** Bereitstellung von Infrastruktur, rechtliche Unterstützung, Einbindung in die Koordinationsstrukturen.

3. Geflüchtete in Leipzig und ehrenamtliche Hilfestrukturen

3.1 Datenlage

Die Stadt Leipzig nimmt Geflüchtete während des Asylverfahrens auf und versorgt sie auf der Basis des Asylbewerberleistungsgesetzes. Nach Abschluss des Asylverfahrens gehen die Geflüchteten in die Verwaltung des Jobcenters über und erhalten bei Bedarf Leistungen nach SGB II. Unbegleitete minderjährige Geflüchtete werden nach den Maßgaben des Jugendschutzes und auf Grundlage des SGB VIII betreut. Die Statistiken zum Bezug von Sozialleistungen sowie die Daten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge hinsichtlich der Zuweisungen von Geflüchteten an die Stadt Leipzig ermöglichen einen ersten Überblick über die Größenordnung dieser Bevölkerungsgruppe. Hinzu kommen Statistiken der Gemeinschaftsunterkünfte und Gewährleistungswohnungen, aus denen sich Ableitungen zur Gruppengröße vornehmen lassen. In dieser Betrachtung bleibt jedoch ein blinder Fleck, der die Geflüchteten betrifft, welche keine Sozialleistungen beziehen und die in keiner der genannten Statistiken erfasst sind. Darunter fallen auch solche Geflüchtete, die zusätzlich zu den zugewiesenen Personen nach Leipzig ziehen sowie alle hier nicht offiziell Registrierten. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass sich auch unter diesen Menschen Personen befinden, die einen erhöhten Informations- und Unterstützungsbedarf aufweisen, um sich in die deutsche Gesellschaft eingliedern zu können.

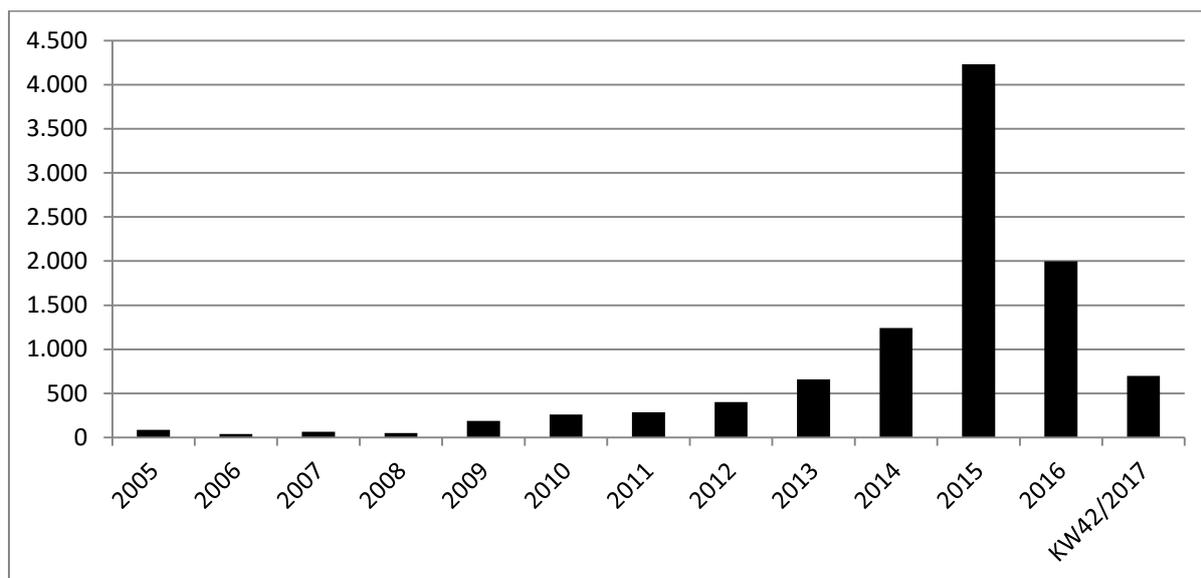
3.2 Anzahl und Unterbringung von Geflüchteten in Leipzig

Die Verteilung von Geflüchteten auf die einzelnen Bundesländer erfolgt in Deutschland nach dem Prinzip der Lastenteilung auf Basis des Königsteiner Schlüssels (vgl. Glorius 2016). Nach dem Durchlaufen der Erstaufnahmeprozedur werden die Geflüchteten, während der Dauer des Asylverfahrens, auf die Städte und Gemeinden der Bundesländer verteilt. Im Freistaat Sachsen erfolgt die Weiterverteilung in Relation zu den Bevölkerungsanteilen von Städten und Gemeinden bzw. Landkreisen, die gemäß Sächsischem Flüchtlingsaufnahmegesetz bei der Unterbringung und Versorgung zur Mitwirkung verpflichtet sind. Die Aufnahmequote lag für Leipzig im Jahr 2016 bei 13,52% (Stadt Leipzig 2017: 3).

Der generelle Anstieg der Flüchtlingszahlen und die Veränderungen der Fluchtrouten und Fluchtrichtungen machte sich auch in Leipzig bemerkbar (vgl. Abb. 1): Bereits in den Jahren 2012 und 2013 stiegen die (damals sehr moderaten) Werte leicht an. Im Jahr 2014 wurden insgesamt 1.243 Personen zugewiesen, im Jahr 2015 erfolgte ein rasanter Anstieg auf 4.230

Personen; davon kam die überwiegende Mehrheit in den Monaten September bis Dezember 2015 an. Im Jahr 2016 sanken die Zuweisungszahlen auf 1.997, im Jahr 2017 kamen bis zur KW 42 nur 699 Personen an. Die Asylsuchenden stammten aus 19 Ländern, wobei die größten Gruppen aus den Ländern Syrien, Irak, der Russischen Föderation, Afghanistan und Libyen kamen. Die im ersten Halbjahr 2017 zugewiesenen unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten stammten hingegen überwiegend aus west- und ostafrikanischen Ländern.

Abbildung 1: Anzahl zugewiesener Geflüchteter in Leipzig, 2005-2017 (KW42)



Quelle: Stadt Leipzig 2017: 2

Im September 2017 lebten mindestens rund 12.500 Geflüchtete mit unterschiedlichem Status in Leipzig, davon befanden sich 3.258 Personen im Asylverfahren und erhielten Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, weitere 8.729 Personen (Juni 2017) erhielten Leistungen nach SGB II und hatten demnach das Asylverfahren abgeschlossen. Hinzu kommen 317 unbegleitete minderjährige bzw. junge volljährige Geflüchtete sowie 174 Personen in Erstaufnahmeeinrichtungen in Leipzig. In der Summe waren dies im September 2017 12.478 Geflüchtete. Darüber hinaus leben weitere Geflüchtete in Leipzig, die jedoch, da sie keine Sozialleistungen empfangen, statistisch nicht identifizierbar sind (vgl. Stadt Leipzig 2017: 1).

Für die Unterbringung der Geflüchteten während des Aufnahmeverfahrens stehen in Leipzig sowohl Gemeinschaftsunterkünfte als auch durch das Sozialamt bereitgestellte Gewährleistungswohnungen sowie Plätze in Pensionen und Übergangwohnheimen zur Verfügung. Die Gesamtkapazität belief sich im September 2017 auf 3.840 Plätze, darunter

3.700 Plätze in insgesamt 34 Gemeinschaftsunterkünften, 20 Plätze in zwei Übergangwohnheimen sowie 120 Pensionsbetten. Daneben gab es 795 Plätze in Gewährleistungswohnungen. Für unbegleitete minderjährige Geflüchtete standen 48 Plätze in einer Inobhutnahme-Einrichtung bereit; 196 Jugendliche wurden in Wohngruppen bei insgesamt 26 Trägern betreut (vgl. Stadt Leipzig 2017: 9ff).¹

Tabelle 1: In Leipzig lebende Geflüchtete nach Versorgungsform, Februar 2017

Gruppe bzw. Versorgungsform	Anzahl
Asylbewerberleistungsgesetz	3.258
SGB II	8.729
Unbegleitete minderjährige Geflüchtete	317
Erstaufnahme	174
Summe	12.478
Erwerbstätig/durch Dritte unterstützt	unbekannt

Quelle: Stadt Leipzig 2017: 1

Von den 3.258 Personen, die im September 2017 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhielten, lebten 46% in einer Gemeinschaftsunterkunft, in einem Übergangwohnheim oder einer Pension; 55% lebten in einer eigenen Wohnung, davon besaßen 55% einen eigenen Mietvertrag; 45% lebten in einer Gewährleistungswohnung (Stadt Leipzig 2017: 5).

Die im September 2017 in Leipzig lebenden 317² unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten (darunter haben 15 die Volljährigkeit erreicht, erhalten jedoch noch Hilfen gemäß § 41/30 bzw. § 33 SGB VIII) wurden in Inobhutnahme-Einrichtungen (42 Personen) oder in Wohngruppen (210) betreut. Acht Personen lebten in Gastfamilien, 57 lebten unter der Obhut von Verwandten in einer Erstaufnahmeeinrichtung oder Asylunterkunft, und vier lebten – unterstützt durch ambulante Hilfsmaßnahmen gemäß § 30 und 31 SGB VII – im eigenen Wohnraum (Stadt Leipzig 2017: 7).

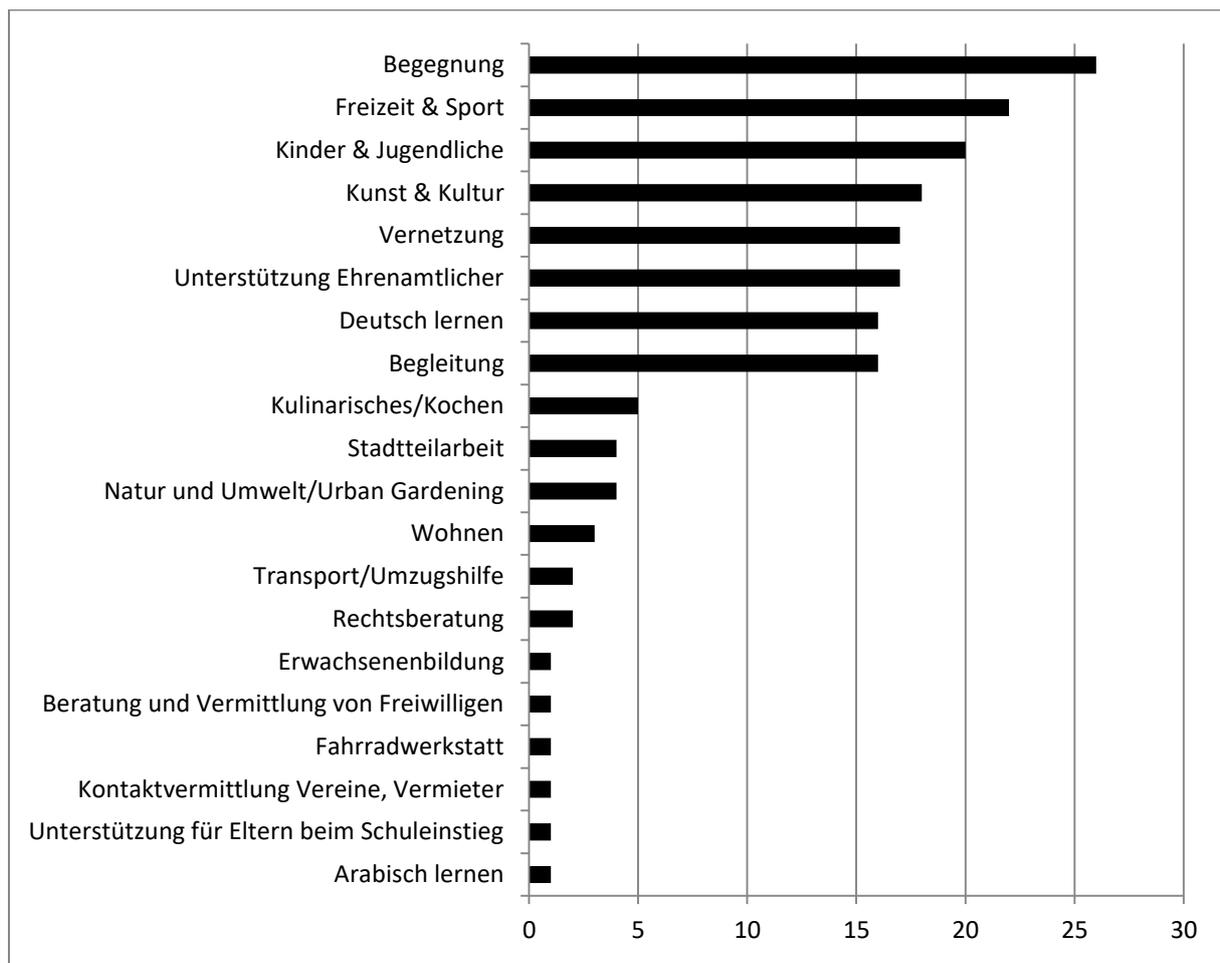
¹ Aufgrund des starken Anstiegs der Asylbewerberzahlen im Jahr 2015 liefen damals verschiedene Planungsprozesse zur Errichtung neuer Gemeinschaftsunterkünfte an, die in den Jahren 2017 und 2018 beendet werden. Im Gegenzug zur Eröffnung dieser Einrichtungen werden einige der derzeit genutzten Unterkünfte geschlossen. Die angegebenen Kapazitätswerte sind daher stets als vorläufig zu betrachten.

² Aufgrund der unterschiedlichen Dokumentation von Personen in den verschiedenen Hilfsmaßnahmen ist eindeutige zahlenmäßige Zuordnung zu den Wohnformen nur eingeschränkt möglich.

3.3 Ehrenamtliche Hilfsangebote für Geflüchtete in Leipzig

Wie bereits einleitend erwähnt, haben sich auch in der Stadt Leipzig im Kontext der erhöhten Flüchtlingszahlen seit 2015 viele Initiativen neu gegründet, die auf der Basis ehrenamtlicher Arbeit Hilfe und Unterstützung bei der Ankunft und Integration der Geflüchteten leisten. Zudem haben viele etablierte zivilgesellschaftliche Organisationen ihr Profil auf das Feld der Flüchtlingshilfe erweitert. Die Broschüre „Ehrenamtliches Engagement in der Leipziger Flüchtlingshilfe – Wegweiser“ listet mit Stand August 2016 über 30 Initiativen, Organisationen und Projekte, die teils sozialraumbezogen, teils an spezifischen Zielgruppen oder Arbeitsgebieten orientiert Hilfe anbieten und sich dabei auf ehrenamtliches Engagement stützen (Stadt Leipzig 2016). Ein Großteil der Aktivitäten, die hier für Ehrenamtliche angeboten werden, fällt in klassische Bereiche der Begegnung und der Freizeitaktivitäten (vgl. Abb. 2).

Abbildung 2: Ehrenamtliche Arbeits- und Vernetzungsangebote in Leipzig, nach Häufigkeit der Angebotsnennung im Schlagwortverzeichnis



Quelle: Stadt Leipzig 2016, eigene Bearbeitung

Viele zivilgesellschaftliche Akteur/innen halten auch Unterstützungs- und Vernetzungsangebote für Ehrenamtliche oder zivilgesellschaftliche Initiativen bereit. Als Zugangsmöglichkeiten für Ehrenamtliche empfiehlt der Wegweiser den direkten Kontakt zu Projekten und Initiativen bzw. die Vermittlung über die Freiwilligenagentur. Daneben kann auch online über die Plattformen „HelpTo Leipzig“ und „Willkommen bei Freunden“ Kontakt aufgenommen werden. Inwieweit diese Möglichkeiten genutzt werden und ob die genannten Zugangswege effektiv hinsichtlich des passgenauen Zusammenfindens von Ehrenamtlichen und entsprechenden Projekten und Initiativen sind, ist derzeit nicht bekannt. Ebenso wenig lässt sich aus der Aufstellung ablesen, in welcher Größenordnung Ehrenamtliche in den einzelnen hier gelisteten Arbeitsbereichen tätig sind.

4. Unterstützungsbedarfe aus Sicht der Sozialbetreuer/innen in Gemeinschaftseinrichtungen und die Rolle des Ehrenamtes

4.1 Studienkonzeption und -durchführung

Zielstellung und Zielgruppe

Der erste Teil der Befragungen richtete sich an die Träger und Betreiber von Gemeinschaftseinrichtungen für Geflüchtete in Leipzig. Ziel der Bedarfsabfrage war in erster Linie die Informationsgewinnung zur Vorbereitung der weiteren Vernetzung der Gemeinschaftseinrichtungen und der ehrenamtlichen Institutionen. Für diese Bedarfsabfrage wurde ein Fragebogen entworfen, der folgende Frageteile enthielt:

- Kurzbeschreibung der Einrichtung, Belegungssituation und Personalbesatz,
- Fragen zu Kooperationen mit Ehrenamtlichen und der gegenseitigen Kontaktaufnahme bzw. Bedarfsübermittlung an Ehrenamtliche,
- Anforderungen an Ehrenamtliche und Erfahrungen der Zusammenarbeit,
- Angebote für Ehrenamtliche,
- Wünsche und Einschätzungen hinsichtlich der Kooperation mit Ehrenamtlichen und anderen Organisationen sowie hinsichtlich der Gesamtsituation.

Der Fragebogen wurde im persönlichen Interview in drei Einrichtungen getestet und danach nochmals leicht überarbeitet.

Die Zusammenstellung der „Grundgesamtheit“ erwies sich dabei als schwierig, da keine vollständige Datenübersicht über die Träger und Standorte existiert bzw. durch die jeweils zuständigen Behörden nicht offengelegt wird. Während das Sozialamt z.B. lediglich Gemeinschaftsunterkünfte mit eigener Sozialbetreuung aufführt – exklusive der Gewährleistungswohnungen, die ebenfalls teilweise eigene Sozialbetreuungen vor Ort haben – verfügt das Referat Migration und Integration zwar über eine Aufstellung von Unterkünften, jedoch ohne Zuordnung zu den Trägern der Unterkunft, die ja die primären Ansprechpartner für die Befragung darstellten. Somit wurde zunächst durch eigene Recherchen versucht, eine Übersicht über Gemeinschaftsunterkünfte und deren Trägerschaft in der Stadt Leipzig zu erstellen, die allerdings keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann, zumal das gesamte Feld weiterhin von einer hohen Temporalität geprägt ist.³

³ So waren z.B. alleine für Mai 2017 acht Neueröffnungen geplant.

Durchführung und methodische Probleme

Die Ansprache der Einrichtungen und Durchführung der fragebogengestützten Befragung wurde ehrenamtlich durch ein Gründungsmitglied der Stiftung „Bürger für Leipzig“ durchgeführt. Erste Hindernisse bei der Vereinbarung von Terminen stellten oft die Regionalkoordinator/innen von überregional arbeitenden Trägern dar – hier wurde zumeist sehr zurückhaltend und nur auf mehrfache Nachfrage reagiert. Interviews kamen anschließend in mehreren Fällen erst zustande, nachdem die Amtsleiterin des Sozialamtes ihre schriftliche Unterstützung zum Vorhaben sowie ihr Interesse am Ergebnis bekundet hatte und dies weitergeleitet worden war.

Die Interviewpartner/innen vor Ort (fast ausschließlich Frauen) waren grundsätzlich sehr offen und aufgeschlossen und gaben teilweise erheblich über den eigentlichen Fragekomplex hinaus Einsicht und Antworten sowie zahlreiche Einschätzungen aus dem beruflichen Alltagskontext. Die Interviews dauerten in der Regel zwischen ein und zwei Stunden und fanden mit dem/der zuständigen Sozialbetreuer/in und teilweise auch mit dem/der Einrichtungskoordinator/in statt. Da sich bereits im Pre-Test herausstellte, dass die verbalen Einlassungen über die Beantwortung des Fragebogens hinaus einen hohen Informationsgehalt hatten, wurden die Interviews mit Einverständnis der Befragten aufgezeichnet und anschließend durch die TU Chemnitz in Form eines Verlaufsprotokolls dokumentiert. Prägnante Aussagen wurden wörtlich transkribiert und finden sich in anonymisierter Form im Auswertungstext wieder.

Anders als ursprünglich geplant, konnten nicht alle Einrichtungen im Rahmen eines persönlichen Interviews befragt werden. Einrichtungen, mit denen kein Termin zustande kam, beantworteten den Fragebogen teilweise schriftlich. Da der Fragebogen jedoch als Gesprächsleitfaden für die persönliche Befragung gedacht war, ergaben sich im Rahmen der schriftlichen Beantwortung teilweise Inkonsistenzen, die im Nachgang nicht mehr aufgelöst werden konnten. Beispielsweise machten schriftlich Antwortende überwiegend trägerbezogene Angaben, so dass die Relevanz der Antwort je Einrichtung nicht eindeutig abgebildet werden konnte. Derartige Unklarheiten wurden im Rahmen der Auswertung berücksichtigt, indem die entsprechenden Antworten teilweise nach Träger und nicht nach Einrichtung zusammengefasst wurden.

Insgesamt werden durch die Befragung 23 Einrichtungen abgebildet (Tab. 2), die sich in Trägerschaft der folgenden neun Träger befinden:

Tabelle 2: Überblick über die befragten Träger von Gemeinschaftseinrichtungen für Geflüchtete

Träger	Anzahl Einrichtungen insgesamt	Anzahl Interviews	In der Sozialbetreuung der GU aktiv seit...	Durchführung der Befragung
Caritas	1	1	Dezember 2015	persönliches Interview
Deutsches Rotes Kreuz	4	4	Sept./Okt. 2015	persönliche Interviews
Diakonie/Innere Mission	3	3	Jan. 2016	schriftliche Beantwortung
European Homecare	3	3	Dez. 2014/Jan. 2015	persönliche Interviews
Johanniter Unfallhilfe	2 (davon 1 EAE)	1	k.A.	persönliches Interview
Malteser Hilfsdienst	4 (+ 1 EAE/Landkreis)	1	k.A.	persönliches Interview
Pandechaion	15	8	Zw. 2008 und Sept. 2016	1 persönliches Interview, 7 schriftliche Antworten
RAA	1	1	k.A.	persönliches Interview
Suchtzentrum	1	1	April 2014	persönliches Interview

Quelle: Befragung von Sozialbetreuer/innen in Gemeinschaftseinrichtungen, n=23

4.2 Charakterisierung der Einrichtungen

Die erfassten 23 Gemeinschaftsunterkünfte (GU's) repräsentieren die gesamte Bandbreite von Gemeinschaftsunterkünften in Leipzig hinsichtlich Kapazität, Lage und Bewohnerschaft. Überwiegend handelt es sich um größere Einrichtungen mit 60 Plätzen oder mehr (13 Einrichtungen), darunter hatten fünf Einrichtungen mehr als 100 Plätze. Sieben Einrichtungen waren kleiner und verfügten über Kapazitäten unter 60 Plätze. Drei Einrichtungen machten keine Angaben zur ihren Unterbringungskapazitäten. Zum Zeitpunkt der Befragung waren die Gemeinschaftsunterkünfte zu etwa zwei Dritteln belegt, geringere Belegungen gab es lediglich bei den größten Gemeinschaftsunterkünften.

Auch hinsichtlich der Lage bilden die befragten GU's die gesamte Bandbreite möglicher Standorte ab: Von innenstadtnahen Lagen bis zu Standorten im Gewerbegebiet, von Gewährleistungswohnungen in Mehrfamilienhäusern mit regulären Mieter/innen ebenso wie ein Containerdorf oder ein unsaniertes Schulgebäude: Bei Betrachtung der Bewohner/innen fällt auf, dass in den verschiedenen Einrichtungen oftmals eine spezifische Klientel

konzentriert ist, z.B. Familien, allein reisende Männer oder in unterschiedlicher Hinsicht auffällig gewordene Asylsuchende. Zu bemerken ist auch, dass in den befragten GU's nicht ausschließlich Personen im Asylverfahren leben, sondern auch solche mit abgeschlossenen Verfahren, die jedoch auf dem regulären Wohnungsmarkt noch keine Bleibe gefunden haben.

Viele der befragten Sozialarbeiter/innen stellen Zusammenhänge zwischen den Lagemerkmalen der Einrichtung und den Integrationsmöglichkeiten ihrer Bewohner/innen her. So wird bei einigen zentral gelegenen Einrichtungen betont, es ergäben sich sehr gute Kooperationsmöglichkeiten mit nahe gelegenen soziokulturellen Zentren und die Geflüchteten seien in einem politisch eher links geprägten Stadtteil „super eingebunden“, während in anderen Einrichtungen die Nachbarschaft als „nicht ganz so einfach“ oder die weiten Pendelstrecken als schwierig – gerade für die Integration von Familien mit Schulkindern – bewertet wurde.

Bei einer Zusammenschau der Lage- und Bewohnermerkmale der Einrichtungen zeigt sich, dass vor allem die sozial „problematischen“ Gruppen wie „Altfälle“, Suchtkranke, psychisch Auffällige oder polizeilich Aktenkundige an den physischen Rändern der Stadt (außerhalb der Wohnbebauung) untergebracht und damit doppelt marginalisiert sind. Ehrenamtliche kommen hier aus verschiedenen Gründen kaum oder gar nicht zum Einsatz.

4.3 Individuelle und institutionelle Kooperationen im Bereich des Ehrenamtes

Alle bis auf zwei der befragten Einrichtungen⁴ verfügen über Ehrenamtliche oder einen festen Helferkreis. Die Gewinnung von Ehrenamtlichen gestaltet sich dabei heterogen: Größere Träger haben teils eigene Ehrenamtskoordinatoren oder Kapazitäten für gezielte Öffentlichkeitsarbeit, vielfach und in den meisten Fällen werden Ehrenamtliche jedoch über persönliche Beziehungen (Mund-zu-Mund-Propaganda, Anwerbung über bereits aktive Ehrenamtliche), institutionelle Beziehungen zu anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren, Werbung im sozialräumlichen Umfeld einer Institution mittels Flyern und lokalen Veranstaltungen oder auch nach Spontanbesuchen von Ehrenamtsinteressierten gewonnen.

Der Einsatz von Ehrenamtlichen erfolgt häufig in Kooperation mit anderen Institutionen. Die am häufigsten genannten Institutionen sind dabei der Flüchtlingsrat Leipzig (15 Nennungen), lokale Kirchengemeinden (15 Nennungen), die Kontaktstelle Wohnen sowie das soziokulturelle Zentrum „Die Villa“ (je 13 Nennungen). Mehrfach genannt werden ebenfalls

⁴ Hierbei handelt es sich wiederum um die besonders segregierten und marginalisierten Einrichtungen.

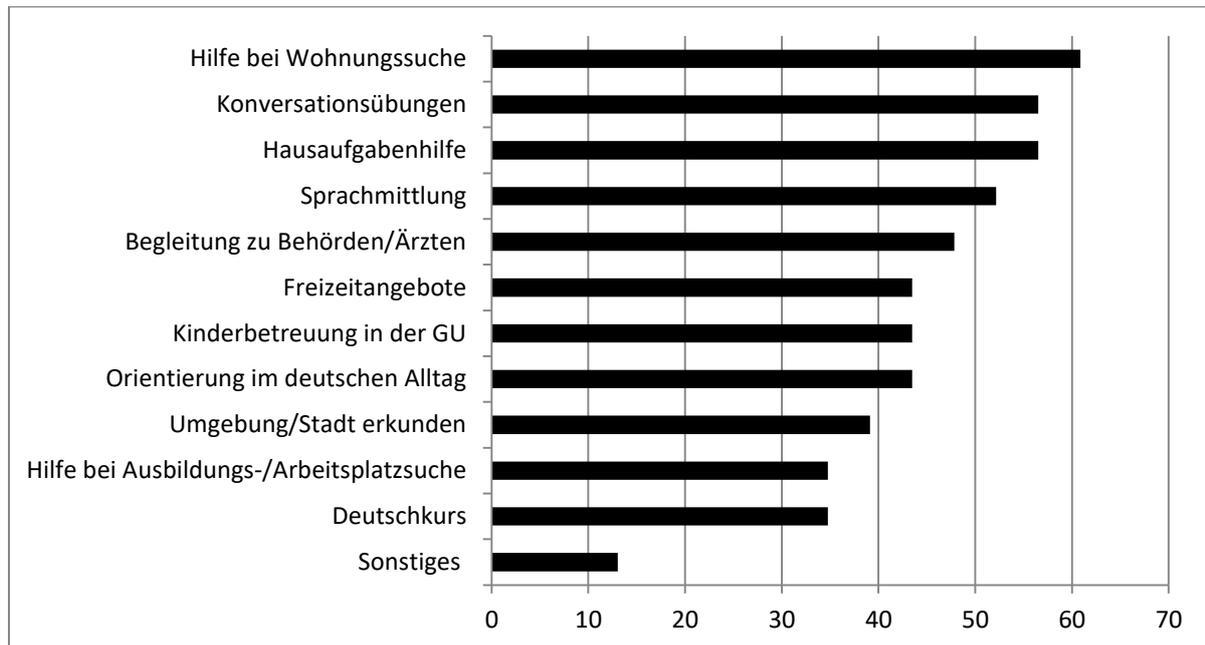
Sportvereine (6 Nennungen), der Verein Herbie e.V. (5 Nennungen), das Herder-Institut, die Freiwilligenagentur Leipzig, der Verein EfGiL, die Organisation „Wir sind Paten“ sowie die Fachoberschule Sozialwesen (je 3 Nennungen). Einzelnennungen entfielen auf die Ehrenamtskoordinatoren von Mühlstraße e.V. und die Johanniter Unfallhilfe sowie die Integrationslotsen des Malteser Hilfsdienstes. In Anbetracht der Tatsache, dass die Freiwilligenagentur Leipzig dezidiert für die Vermittlung von Ehrenamtsinteressierten zuständig ist, verwundert die geringe Anzahl von Nennungen dieser Institution. Grundsätzlich scheint die Vielfalt der Institutionen, die Ehrenamtliche vermitteln, in diesem Antwortspektrum nicht repräsentiert zu sein.

Eine genauere Betrachtung der konkreten Kooperationsbeziehungen zeigt, dass jede Einrichtung ein individuelles Netzwerk von Hilfsbeziehungen aufgebaut hat, das stark in den jeweiligen Sozialräumen der GU's verankert ist. So sind vielfach Willkommensinitiativen auf Stadtteilebene entstanden, in denen u.a. die lokalen Kirchengemeinen und die Quartiersmanagements starke Partner sind. Hinzu kommen Bürgervereine, Einzelpersonen aus der Nachbarschaft, soziokulturelle Zentren der Umgebung, Sportvereine oder Schulen im Stadtteil. Ebenfalls eine wichtige Rolle spielen stadtteilübergreifende Initiativen wie z.B. studentische oder Sportprojekte, die nach Ende der ursprünglichen Projektlaufzeit verstetigt wurden und in denen ausscheidende studentische Mitglieder ihre eigenen Nachfolger/innen rekrutieren.

4.4 Einsatzbereiche und Qualifikationsprofil der ehrenamtlichen Helfer/innen

Ehrenamtliche Helfer/innen werden in vielen Bereichen eingesetzt; 19 von 23 befragten Einrichtungen berichteten detailliert über die Einsatzgebiete ihrer Ehrenamtlichen, die übrigen vier wünschten sich den Einsatz von (mehr) Ehrenamtlichen und benannten dabei die anvisierten Einsatzgebiete. Dabei sind die nach Häufigkeit der Nennungen wichtigsten Aufgabenbereiche die Unterstützung bei der Wohnungssuche (61%), die Festigung deutscher Sprachkenntnisse durch Konversation sowie die Hausaufgabenhilfe (je 57%). Weitere häufige Einsatzgebiete sind die Sprachmittlung (52%) sowie die Begleitung von Behördengängen und Arztbesuchen (48%). Etwas weniger häufiger werden für Ehrenamtliche eigentlich „typische“ Einsatzgebiete genannt, wie die Organisation und Begleitung von Freizeitangeboten, Kinderbetreuung oder die Orientierung im deutschen Alltag (je 43%). Weitere Einsatzfelder sind die Erkundung der Umgebung (39%), die Unterstützung bei der Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuche sowie die Erteilung von Deutschunterricht (je 35%) (Abb. 3).

Abbildung 3: Einsatzgebiete ehrenamtlicher Helfer/innen in den GU's (Anteile in % aller befragten Einrichtungen)



Quelle: Befragung von Sozialbetreuer/innen in Gemeinschaftseinrichtungen, n=19⁵

Angesichts dieser Vielzahl von Einsatzgebieten ist von Interesse, welche Qualifikationsprofile oder allgemeine Voraussetzungen die Ehrenamtlichen nach Ansicht der Gesprächspartner/innen mitbringen sollten.

Eine Auswertung dieser Frage zeigt, dass die formalen Mindestanforderungen für Ehrenamtliche eher niedrig und nicht einheitlich sind. Eine Standardvoraussetzung ist ein erweitertes polizeiliches Führungszeugnis, das von 19 der 23 GU's verlangt wird. Die Angaben zum Mindestalter reichten von 16 bis 25 Jahren, wobei nur acht von 23 GU's hierzu eine Aussage machten. Wichtig waren den Befragten die (reflektierte) Motivation der Ehrenamtlichen (19 von 23 GU's) sowie die Bereitschaft zu einem eher langfristig angelegten Engagement. In den Kommentaren zu dieser Frage wurde dann etwas differenzierter der Anspruch an Ehrenamtliche ausgeführt, der wohl auch in Reflexion von Negativerfahrungen zustande kam. Aus den Antworten geht vor allem der hohe Anspruch an die soziale und emotionale Kompetenz von Ehrenamtlichen hervor (vgl. Textkasten 2). So betonten mehrere Befragte die Bedeutung von interkultureller Kompetenz, einer gefestigten Persönlichkeit sowie von Geduld, Ausdauer und Einfühlungsvermögen im Umgang mit den Geflüchteten. Demgegenüber wurde eine Grenze zu „Gutmenschen“ gezogen, die „Bewohner als Opfer sehen“ oder „nur rasch ihr Gewissen beruhigen“ oder „nur eigene Ideen umsetzen wollen“.

⁵ Die übrigen Befragten machten zu dieser Frage keine Angaben.

Textkasten 2: Anforderungen, die wir an Ehrenamtliche stellen (Auswahl offener Antworten)

„Es zählt das Herz und der Wille zum Engagement.“
 „Keine Erwachsenen umerziehen wollen!“
 „Leute, die kein persönliches Projekt/Ziel haben, sondern die gemeinsam verbrachte Zeit schätzen.“
 „Sich einstellen können auf andere und nicht nur eigene Ideen umsetzen wollen: Flexibilität!“
 „Keine ‚Gutmenschen‘, die Bewohner als Opfer sehen, die gestreichelt werden müssen.“
 „Empathie, Offenheit, keine Scheu, Fragen zu stellen; transparent, was Vorgehen und Rückmeldung an Hauptamtliche anbelangt.“
 „Keine Übermotivation!“

Quelle: persönliche Interviews

Die meisten befragten Einrichtungen (15 von 23) setzen Ehrenamtliche dann auch erst nach einem Erstgespräch ein, in dem die Motivation und Erwartungen der Ehrenamtlichen ermittelt werden und mögliche Einsatzgebiete sowie Personalkombinationen diskutiert werden. Wichtig ist den hauptamtlichen Kooperationspartnerinnen hierbei auch immer, eine Reflexionsmöglichkeit der Motivation zu bieten und die Frustrationstoleranz und Abgrenzungsfähigkeit der Bewerber/innen zu prüfen. Einen einheitlichen Qualitätsstandard für das Verfahren bzw. Mindestanforderungen oder eine vorbereitende Schulung gibt es jedoch im Vorfeld des Einsatzes nicht.

Aus den obigen Ausführungen geht bereits eine kritische Reflexion der Einsatzmöglichkeiten Ehrenamtlicher seitens der Befragten hervor. Ehrenamtliche werden als gute und wichtige Ergänzung der hauptamtlichen Integrationsarbeit angesehen, jedoch nur, wenn allen Beteiligten die Grenzen klar sind und eine gute Kooperation zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen erreicht wird.

4.5 Gegenwärtige und zukünftige Schwerpunkte der haupt- und ehrenamtlichen Arbeit in der Flüchtlingshilfe

Um die Unterstützungsbedarfe Geflüchteter aus Sicht der hauptamtlichen Flüchtlingssozialarbeiter/innen detailliert zu erfassen und zugleich zu differenzieren, wer für die Erfüllung dieser Aufgaben zuständig sein könnte, wurde im Folgenden zunächst allgemein nach den kurz- und längerfristigen Unterstützungsbedarfen gefragt (Tab. 3) und anschließend um eine Einschätzung gebeten, welche zusätzlichen Personalkapazitäten dafür notwendig wären.

Die Differenzierung nach kurz- und längerfristigem Bedarf wurde vorgenommen, da sich im Verlauf des Integrationsprozesses die Bedürfnisse ändern; zugleich ändert sich auch die zur Verfügung stehende Unterstützungsstruktur. Vor allem nach einem Auszug aus einer GU ist der/die hauptamtliche Ansprechpartner/in aus der GU nicht mehr verfügbar bzw. nicht mehr

offiziell zuständig. Obgleich die Geflüchteten bis zu diesem Zeitpunkt bereits Integrationserfahrungen gemacht haben und über den deutschen (Behörden)Alltag informiert sind, ist eine niederschwellige Begleitung von Integrationsprozessen offenbar auch in diesem Stadium angezeigt.

Tabelle 3: Anlassbezogener und langfristiger Unterstützungsbedarf für Geflüchtete, nach Einsatzgebieten (Anteile in % aller befragten Einrichtungen)

	Anlassbezogen	Langfristig
Ämtertermine	39,1	60,9
Alltagsbegleitung	47,8	73,9
Freizeitgestaltung	47,9	60,9
Schulungen zur Alltagsorientierung	56,5	47,8
Wohnungspate	82,6	47,8
Gartenpate	17,4	13,0
Patin für Erstgebärende	26,1	4,3
Hausaufgaben-Betreuung für Kinder in der Einrichtung	47,8	56,5
Hausaufgaben-Betreuung für Kinder in der Schule	8,7	21,7
Hausaufgaben-Betreuung für Jugendliche in der Einrichtung	47,8	56,5
Hausaufgaben-Betreuung für Jugendliche in der Schule	8,7	26,1
Hausaufgabenbetreuung für Erwachsene (Sprachschüler/innen)	34,8	56,5
Möbelbeschaffung	34,8	34,8
Fahrradfahren lernen	17,4	21,7
Job-Pate	73,9	73,9
Lebenslauf vorbereiten	52,2	65,2
Praktikumssuche	60,9	60,9
Orientierung auf dem Arbeitsmarkt	34,8	69,6
Begleitung bei Berufsorientierung	47,8	65,2
Begleitung bei Ausflügen	43,5	60,9
Sonstiges	4,3	8,7

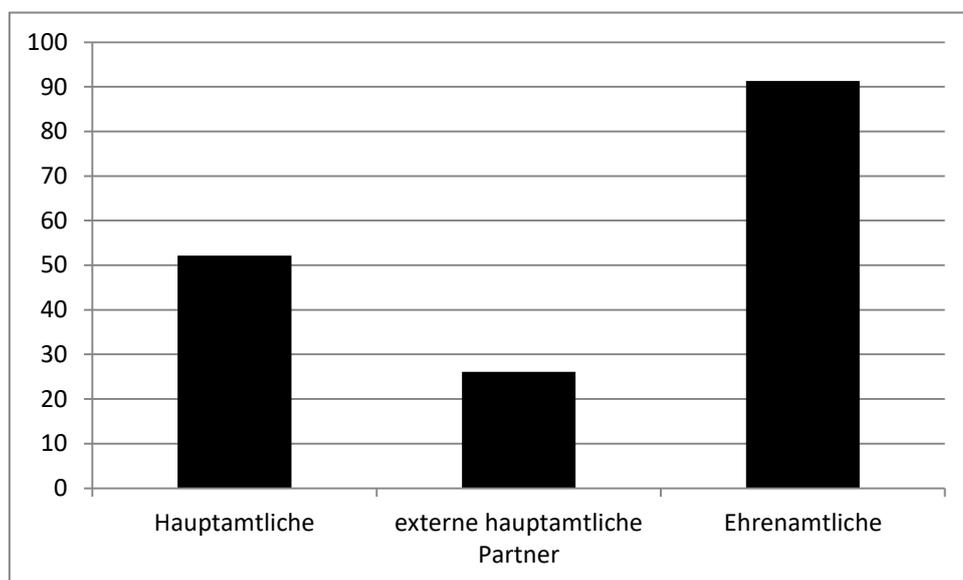
Quelle: Befragung von Sozialbetreuer/innen in Gemeinschaftseinrichtungen, n=23

Diese Hypothese wird bei Betrachtung der differenzierten Aussagen zum Unterstützungsbedarf Geflüchteter bestätigt (Tab. 3). Insbesondere die Alltagsbegleitung und Beistand bei Ämterterminen, die Freizeitgestaltung und Ausflüge, aber vor allem auch das Heranführen an den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sind wichtige langfristige Aufgaben der

Flüchtlingshilfe, während vor allem die Unterstützung bei der Wohnungssuche als dringender kurz- und mittelfristiger Bedarf angesehen wird.

Die Frage, wie dieser Bedarf am besten gedeckt werden könnte, ergab vor allem einen großen Wunsch nach dem Einsatz von Ehrenamtlichen (92%), aber auch das dringende Bedürfnis nach einer Aufstockung der Personalmittel für hauptamtliche Mitarbeiter/innen (52%). Auch die stärkere Einbeziehung verlässlicher externer hauptamtlicher Partner würde begrüßt (26%) (Abb. 4).

Abbildung 4: Wen wünschen sie sich für die Übernahme dieser Aufgaben? (Anteile in % aller befragten Einrichtungen)



Quelle: Befragung von Sozialbetreuer/innen in Gemeinschaftseinrichtungen, n=23

Eine detaillierte Nachfrage nach dem konkreten Mehrbedarf an hauptamtlichem Personal wurde nur von acht der 23 befragten GU's beantwortet.⁶ Daraus ergab sich allein in diesen Einrichtungen in der Summe ein Mehrbedarf in der hausinternen Sozialbetreuung von mindestens 310 Wochenstunden bzw. 10,5 VZÄ. Ein Betreuungsschlüssel wird je nach Hausbewohnerschaft von 1:10 (schwierige Konstellation) bis zu 1:25/1:35 als ausreichend angesehen.⁷ Der Bedarf wird begründet mit dem hohen bürokratischen Aufwand, der vielfach aufwändigen Einzelfallbetreuung insbesondere suchtmittelabhängiger oder traumatisierter Menschen und mit dem Mehraufwand im Falle der Betreuung von Familien mit Kindern. In

⁶ Dieses Antwortverhalten kann durchaus in die Richtung interpretiert werden, dass die Gesprächspartner/innen aufgrund eigener Einschätzung keine Hoffnung auf eine nachhaltige Stärkung der Personaldecke haben und davon ausgehen, dass der Mehrbedarf ausschließlich über den Einsatz von Ehrenamtlichen gedeckt werden kann.

⁷ Das Sächsische Unterbringungs- und Kommunikationskonzept empfiehlt im Bereich der Flüchtlingssozialarbeit einen Betreuungsschlüssel von 1:150 (Sächsisches Staatsministerium des Innern 2014).

den persönlichen Gesprächen betonen viele Gesprächspartner/innen die große Bedeutung einer guten personellen Begleitung in der Phase des Ankommens, die sich langfristig auszahlen würde. Gleichzeitig werden an dieser Stelle der kompensatorische Einsatz von Ehrenamtlichen sowie die Einstellung unzureichend qualifizierten Personals kritisiert (vgl. Textkasten 3).

Textkasten 3: Personalbedarf, Qualifikation und Bedeutung dieser Investition

„Wir sind hier in der GU, gerade am Anfang, an einer Stelle, wo wir ganz viel positiven Einfluss darauf nehmen können, wie sich Integration auch später gestaltet bzw. wie die Menschen sich angenommen fühlen. Auch von dieser Gesellschaft und was sie für Möglichkeiten in der Gesellschaft für sich sehen.“

„Wohnungssuche, Ämterbegleitung, Übersicht Ausbildung/Job: besser in professionellen Händen, die auch professionell und schnell arbeiten und den Überblick haben: Soviel ist abhängig vom Status und den sich ständig ändernden gesetzlichen Vorgaben, dass Ehrenamtliche das eigentlich nicht leisten können.“

„Sachsen hat immer ganz hohe Anforderungen gestellt für alles im Kinder- und Jugendbereich: Man brauchte unbedingt ein Diplom mit staatlicher Anerkennung ... das hieß: Ganz viele Stellen waren für Pädagogen gesperrt. Jetzt im Zuge der Flüchtlingskrise wurde das alles einfach abgeschafft und aufgeweicht: Von 1000% auf „Das kann jetzt jeder machen“ ...Das ärgert mich sehr – weil es so eine wichtige Sache ist. Da sollte mehr Geld in die Hand genommen werden.“

Quelle: eigene Erhebung

Zusätzlich sind externe Hauptamtliche vor allem in den Bereichen gewünscht, die einerseits spezifische Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen voraussetzen und die andererseits sehr zeitaufwändig und daher im Rahmen der regulären Flüchtlingssozialarbeit in der GU nicht zu leisten sind. Dies sind vor allem Beratungsangebote bei sensiblen Themen wie Drogenberatung, psychosoziale oder gesundheitlichen Problemen, die möglichst muttersprachlich oder unterstützt durch professionelle Sprachmittler stattfinden sollten. Ebenfalls professionelle Unterstützung durch Externe wünschen sich die Gesprächspartner im Bereich Wohnen („*Wohnungspaten hauptamtlich!*“) und Arbeit („*alles rund um Job – professionell, mit Kontakten zu echten Arbeitsstellen und guten Kommunikationsstrukturen*“).

Bei den Ehrenamtlichen wünschen sich die hauptamtlichen Sozialbetreuer/innen in erster Linie Menschen mit längerfristigem Engagement (65%), vor allem solche, die nicht auf ein persönliches Erfolgsziel fixiert sind, sondern die die gemeinsam verbrachte Zeit wertschätzen können (49%) (Tab. 4). Besonders wertvoll wären Personen, die sowohl vom Alter als auch von der persönlichen Lebenssituation zu den Geflüchteten passen würden, um deren konkrete Bedürfnisse z.B. nach Hilfen bei der Berufsorientierung und dem Zugang zum Arbeitsmarkt kenntnisreich unterstützen zu können. So wünschen sich die Befragten vielfach mehr

Menschen mit Beziehungen in die Arbeitswelt (56%) bzw. mit Berufserfahrung (39%), oder Menschen in vergleichbarer Lebensphase, deren eigene Berufsfindung noch nicht so lange zurück liegt (30%). Die Ehrenamtlichen sollten gesellschaftlich verankert sein und „aus der Mitte der Gesellschaft“ kommen (49%), und angesichts des hohen Männeranteils unter den Geflüchteten werden dezidiert mehr männliche Ehrenamtliche gewünscht (39%).⁸ Sehr erwünscht wäre eine stärkere Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund sowie relevanten Sprachkenntnissen (je 52%). Angesichts der Vielfalt an Aufgaben und Einsatzgebieten wünschen sich 39% der Befragten einen größeren Pool an Personen, die auf Zuruf für konkrete kleinere Aufgaben eingesetzt werden können.

Tabelle 4: Welche Merkmale und Eigenschaften sollten die gewünschten Ehrenamtlichen haben? (Anteile in % aller befragten Einrichtungen)

	Anteil
Mehr Menschen mit Interesse an längerfristigem Engagement.	65,2
Mehr Menschen mit Beziehungen in das Arbeitsleben.	56,5
Mehr Menschen mit relevanten Fremdsprachenkenntnissen.	52,5
Mehr Menschen mit Migrationshintergrund.	52,5
Mehr Menschen aus der “Mitte der Gesellschaft“.	47,8
Mehr ergebnisoffenes Engagement mit Fokus auf die gemeinsam verbrachte Zeit.	47,8
Einen größeren Pool an Personen, die man auf Zuruf einsetzen kann.	39,1
Mehr Menschen mit Berufserfahrung.	39,1
Mehr Männer.	39,1
Eher ältere Menschen.	34,8
Menschen in vergleichbarer Lebensphase.	30,4
Mehr Menschen aus der direkten Nachbarschaft.	26,1
Eher jüngere Menschen.	17,4
Sonstiges.	17,4
Mehr Frauen.	8,7

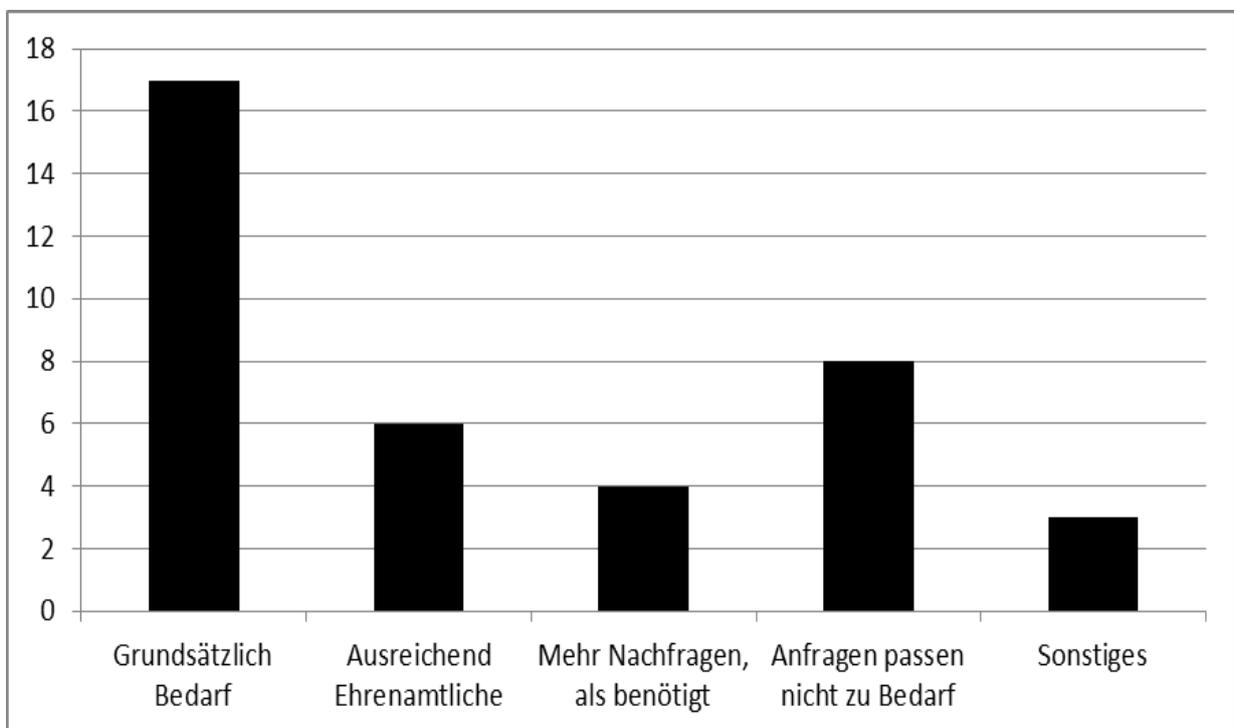
Quelle: Befragung von Sozialbetreuer/innen in Gemeinschaftseinrichtungen, n=23

⁸ Eine Online-Befragung des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) aus dem Winter 2015 ergab einen Frauenanteil von drei Vierteln unter den ehrenamtlich Engagierten in der Flüchtlingshilfe (Karakayali, Kleist 2016). Demgegenüber wurden 2015 insgesamt 69% aller Asylanträge von Männern gestellt (BAMF 2016: 18).

4.6 Perspektiven auf das Management des Ehrenamtes

Angesichts der Vielzahl an wiederkehrenden oder langfristigen Aufgaben ist eine beständige Anwerbung und Einbindung von Ehrenamtlichen aus Sicht der Hauptamtlichen unerlässlich. Dies geht aus der Nachfrage zur aktuellen Bedarfslage hervor (Abb. 5), bei der 17 von 23 Einrichtungen einen dauerhaften Unterstützungsbedarf äußern, auch aufgrund der Fluktuation von Ehrenamtlichen und Geflüchteten. Nur sechs von 23 Einrichtungen halten die momentane Anzahl von Ehrenamtlichen für ausreichend. Lediglich vier von 23 Einrichtungen berichten von zu vielen Anfragen, während acht Einrichtungen teils eine mangelnde Passfähigkeit zwischen den Fähigkeiten oder Vorstellungen von Ehrenamtlichen und den aktuellen Bedarfen und Einsatzmöglichkeiten ausmachen. Vielfach betrifft das den Wunsch der Ehrenamtlichen, mit Kindern oder Familien zu arbeiten, während die tatsächliche Klientel überwiegend aus männlichen, allein reisenden Geflüchteten besteht. Auch Bewerber/innen, die keine oder nur vage Vorstellungen von ihren Einsatzmöglichkeiten besitzen, werden von manchen Gesprächspartner/innen als ungünstig empfunden, da innerhalb der Gemeinschaftseinrichtungen teilweise nicht genügend Beratung und Koordination bereitgestellt werden kann, um eine passgenaue Einsatzmöglichkeit zu finden.

Abbildung 5: Bedarf an Ehrenamtlichen

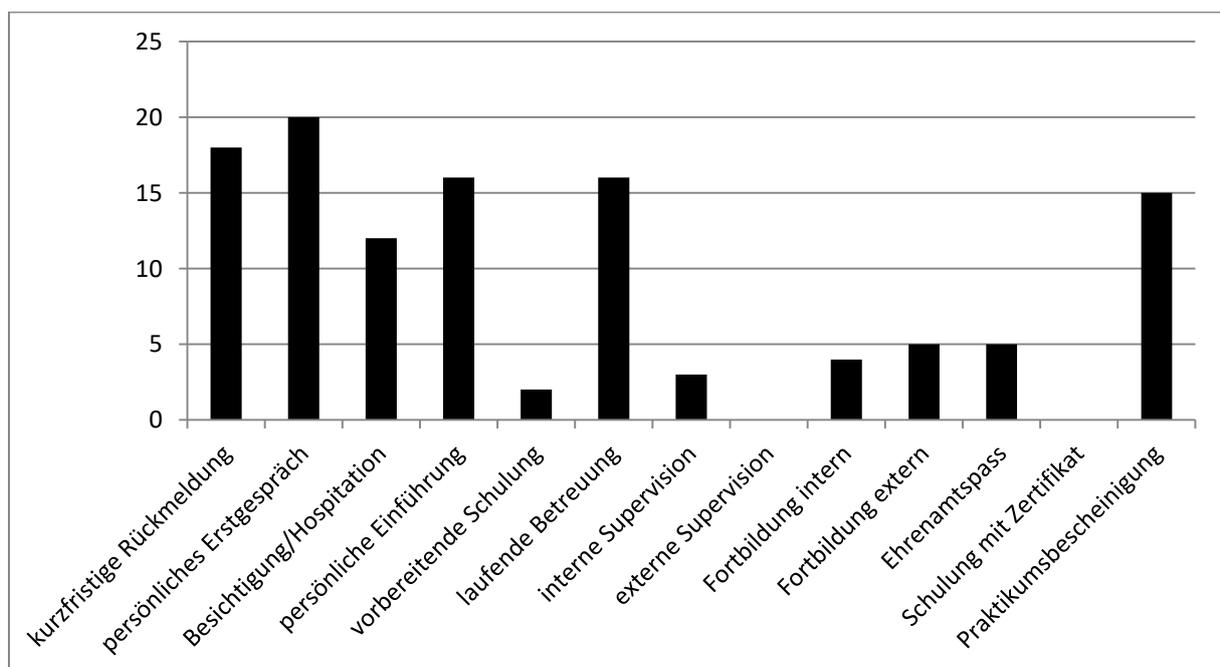


Quelle: Befragung von Sozialbetreuer/innen in Gemeinschaftseinrichtungen, n=23

Interessent/innen, die innerhalb der GU nicht zum Einsatz kommen können, werden überwiegend in der Kontaktliste belassen, um sie zu einem späteren Zeitpunkt wieder ansprechen zu können. Teilweise werden sie auch an andere GU's des jeweiligen Trägers oder an andere Institutionen wie z.B. den Flüchtlingsrat oder die Freiwilligenagentur verwiesen.

Eine Nachfrage zu den Beratungs- und Betreuungsangeboten für Ehrenamtliche in den befragten GU's vermittelt eine Vorstellung vom grundsätzlichen Koordinations- und Begleitungsaufwand und zeigt, dass auch beim Einsatz von Ehrenamtlichen „Personalkosten“ anfallen (Abb. 6). Die überwiegende Mehrheit der befragten Einrichtung reagiert nach eigenen Aussagen sehr zeitnah auf Anfragen von Ehrenamtsinteressierten und führt ein persönliches Erstgespräch durch. Überwiegend werden eine Besichtigung der Einrichtung, eine persönliche Einführung vor Beginn des Einsatzes sowie die laufende Betreuung während der Tätigkeit angeboten. Relativ selten werden Schulungen, Fortbildungen oder Supervision durchgeführt, selbst wenn dies als sinnvoll erachtet wird. Hinsichtlich materieller Angebote werden von den Einrichtungen teilweise Auslagen erstattet, der Ehrenamtspass vermittelt oder Praktikums- bzw. Stundenbescheinigungen ausgestellt. Auf Nachfrage wünscht sich über die Hälfte der befragten Einrichtungen eine zentrale Anlaufstelle zur Vermittlung von Ehrenamtlichen und zur Koordination der Angebote.

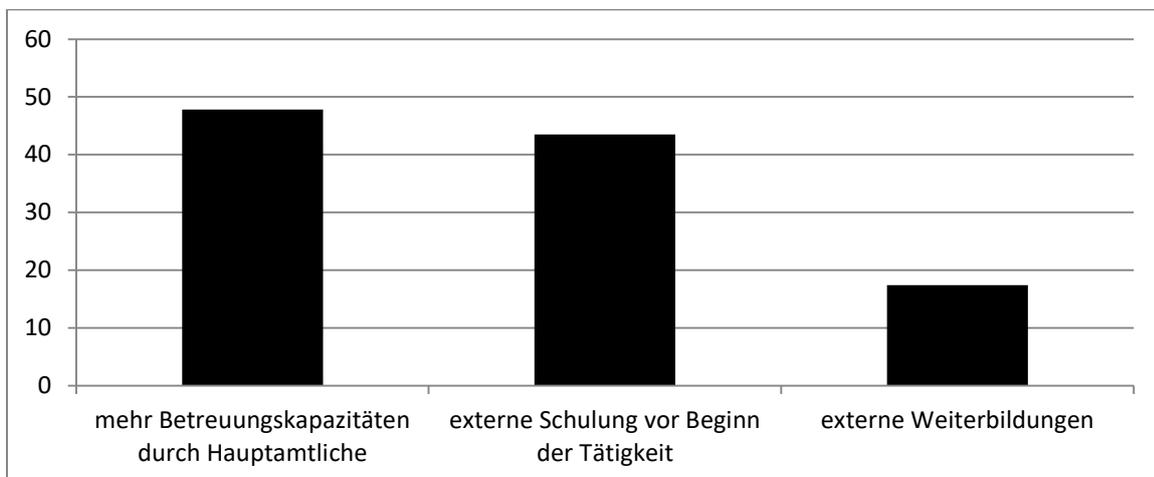
Abbildung 6: Aktivitäten der GU's zur Beratung und Betreuung von Ehrenamtlichen



Quelle: Befragung von Sozialbetreuer/innen in Gemeinschaftseinrichtungen, n=23

Hinsichtlich der weiteren Etablierung von ehrenamtlichen Strukturen und basierend auf den bisherigen Erfahrungen benennen die befragten Sozialbetreuer/innen Möglichkeiten der Schulung und Supervision von Ehrenamtlichen, die aus ihrer Sicht wünschenswert wären, welche jedoch innerhalb der Einrichtung oder des Trägers kaum anzubieten sind (Abb. 7). Dies betrifft vor allem die Betreuung und Koordination durch hauptamtliche Mitarbeiter/innen (48%), eine Schulung vor Beginn der Tätigkeit, die möglichst durch externe Anbieter bereitgestellt werden sollte (43%), sowie externe Weiterbildungen (17%). Als mögliche Inhalte von Schulungen werden genannt: Informationen zum Ablauf des Asylverfahrens, zu den Aufenthaltstiteln und damit verbundenen Rechten und Pflichten von Asylsuchenden; Informationen zur Behördenstruktur und Zuständigkeiten in Leipzig; Informationen zu Rechten und Pflichten der Ehrenamtlichen (z.B. Schweigepflicht; rechtliche Grenzen für die eigene Tätigkeit); Informationen zu Beratungs- und Unterstützungsangeboten in Leipzig; Sensibilisierung für die eigenen Grenzen und Tipps zur emotionalen Abgrenzung und Psychohygiene.

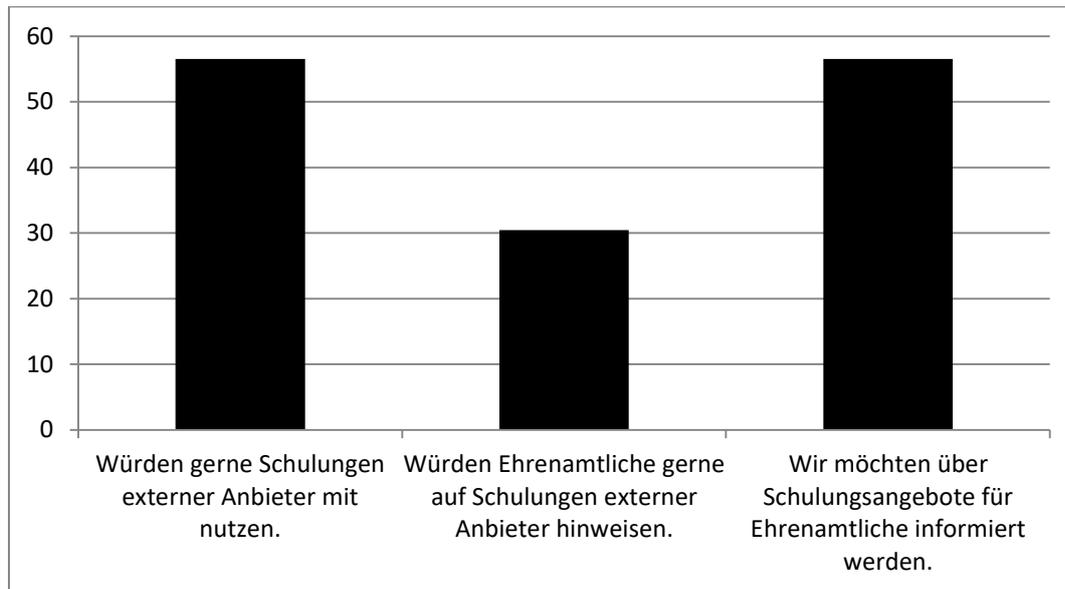
Abbildung 7: Wünsche für die Schulung und Betreuung von Ehrenamtlichen (in % der Befragten)



Quelle: Befragung von Sozialbetreuer/innen in Gemeinschaftseinrichtungen, n=23

Hinsichtlich der Frage, an welchen Stellen derartige Schulungsangebote existieren, zeigte sich ein großes Informationsdefizit bzw. ein großer Informationsbedarf (Abb. 8). Jenseits der trägerbezogenen Schulungsangebote liegen den Befragten keine Informationen vor. Sie fänden es mehrheitlich wünschenswert, über Schulungsangebote für Ehrenamtliche informiert zu werden (57%) (z.B. über Newsletter oder online Plattformen), um die Ehrenamtlichen selbst auf diese Angebote aufmerksam machen zu können (30%). Denkbar wäre ebenso die Beteiligung der eigenen Einrichtung an externen Schulungen (57%).

Abbildung 8: Informationsbedarf hinsichtlich der Schulung und Betreuung von Ehrenamtlichen (in % der Befragten)



Quelle: Befragung von Sozialbetreuer/innen in Gemeinschaftseinrichtungen, n=23

4.7 Zwischenfazit

Die Befragung der Sozialbetreuer/innen in den Leipziger Gemeinschaftseinrichtungen erbrachte einen repräsentativen Überblick über die derzeitige Bedeutung ehrenamtlicher Helfer/innen und zeigte zugleich verschiedene Problemstellen auf.

Zunächst ist festzuhalten, dass fast alle GU's ein sozialraumbezogenes Unterstützungsnetzwerk an institutionellen und individuellen, haupt- und ehrenamtlichen Akteuren aufweisen, in dem Ehrenamtliche eine große Rolle spielen. Deren Einsatzgebiete sind vielfältig, wobei die meistgenannten Aktivitäten – Unterstützung bei der Wohnungssuche, Spracherwerb, Sprachmittlung sowie Begleitung zu Behörden – zu den für das Ehrenamt atypischen Bereichen zählen. Während die ersten drei Bereiche in den Pflichtbereich der kommunalen Selbstverwaltung fallen, sollte der vierte Bereich durch entsprechend interkulturell sensibilisiertes Behördenhandeln eigentlich überflüssig sein. Ehrenamtliche sollten in den benannten Bereichen allenfalls ergänzend zum Einsatz kommen, und das nur bei guter Koordination und Supervision.

Bei der Akquise und dem Einsatz von Ehrenamtlichen fallen die niedrigen „Einstellungsvoraussetzungen“ auf, die überwiegend im Bereich der Volljährigkeit, des Leumunds und der Sozialkompetenz liegen. Zudem ist auffällig, dass hinsichtlich der Akquise, Einführung, Schulung und Begleitung der Ehrenamtlichen keine einheitlichen

Standards existieren, auch wenn bereits jetzt die Begleitung und Koordination von Ehrenamtlichen einen erheblichen Aufwand aufseiten der Hauptamtlichen mit sich bringt. Hinsichtlich der Qualitätsentwicklung des ehrenamtlichen Engagements im Bereich Akquise, Koordination, Schulung und Supervision sind noch viele Wünsche offen, die auch von den Befragten klar formuliert werden. So wünschen sich die meisten eine zentrale Anlauf- und Koordinierungsstelle für die Akquise und Vermittlung von Ehrenamtlichen, sowie die externe Organisation eines Schulungs- und Supervisionsprogramms. Dies würde die Qualität und Effektivität ehrenamtlicher Arbeit erhöhen, Konflikte zwischen Haupt- und Ehrenamt besser lösen und die Sozialbetreuer/innen in den GU's entlasten.

Der Vergleich aktueller und langfristiger Unterstützungsbedarfe Geflüchteter aus Sicht der Sozialbetreuer/innen zeigt deutlich, dass Integration eine langfristige Aufgabe ist, die über die unmittelbare Ankommens-Situation hinaus begleitet werden muss. Für die Zukunft werden wachsende Bedarfe bei der Begleitung zu Ämterterminen, der Orientierung im Alltag sowie bei Maßnahmen der Integration in das Bildungs- und Ausbildungssystem und in den Arbeitsmarkt prognostiziert. Wie oben bereits andiskutiert, liegen die Arbeitsfelder Wohnen, Soziales, Bildung und Arbeit im Bereich der kommunalen Pflichtaufgaben und sollten durch Ehrenamtliche allenfalls unterstützt werden. Die Orientierung und Begleitung in Alltag und Freizeit hingegen ist eine klassische Aufgabe des Ehrenamtes und zugleich der Bereich, in dem ehrenamtliche Akteur/innen die größten Kompetenzen besitzen. Vor allem innerhalb des sozialen Nahraums ist die „aktive Nachbarschaft“ eine wichtige und wertvolle Aufgabe des Ehrenamts und kann gerade die kleinen und alltäglichen Integrationsschritte von Neuankömmlingen unterstützen.

5. Unterstützungsbedarf, persönliche Ressourcen und Strategien aus Sicht der Geflüchteten

5.1 Methode

Um die Bedarfe der in Gemeinschaftsunterkünften (GU's) lebenden Geflüchteten hinsichtlich Information, Beratung und Begleitung zu erfassen, wurde ein Fragebogen entwickelt, der Komplexe zum Informations- und Beratungsbedarf, zu den Strategien der Informationsgewinnung und zu weiteren Bedarfen enthielt. Der Fragebogen wurde durch die Leiter/innen der Gemeinschaftseinrichtungen in den Unterkünften verteilt. Schwierigkeiten ergaben sich zum einen durch die Tatsache, dass der Fragebogen zunächst nur in deutscher Sprache vorlag, so dass es teilweise Verständnisprobleme gab bzw. die Beantwortung der Fragen davon abhing, ob gerade eine Person zur Verfügung stand, die die Sprach- und Verständnisschwierigkeiten überbrücken konnte. Zum Teil wurden von diesen Mittelspersonen die Fragen und Antworten ins Arabische oder Farsi übersetzt. Eine weitere Schwierigkeit ergab sich durch die Abhängigkeit der Fragebogenverteilung von der Unterstützungsbereitschaft der Unterkunftsleiter/innen, die hier als *door-keeper* fungierten. Gänzlich unerfasst blieben die nicht alphabetisierten GU-Bewohner/innen sowie Geflüchtete in individuellen Wohnungen, so dass über deren Informations- und Unterstützungsbedarf nur Vermutungen angestellt werden können.

Der Fragebogen wurde schließlich von 48 Personen beantwortet; damit kann die Befragung als nicht repräsentativ betrachtet werden. Doch selbst wenn diese Personenzahl gering ist, lassen sich aus der Aufschlüsselung der Antworten Ableitungen hinsichtlich eines Handlungsbedarfs im Bereich der Information und Unterstützung treffen, die mit den Einschätzungen der Sozialbetreuer/innen abgeglichen werden können.

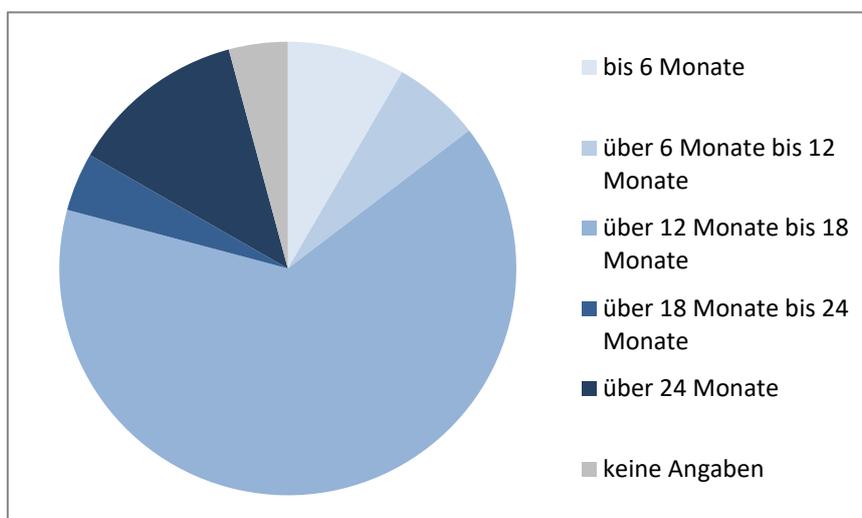
5.2 Charakterisierung der Befragten

Da der Fragebogen einen grundsätzlichen Überblick verschaffen und zudem nicht den Anschein erwecken sollte, dass die Befragten „ausgespäht“ würden, waren nur sehr wenige persönliche Fragen enthalten, von denen sich ein direkter Zusammenhang zu der aufgeworfenen Fragestellung vermuten ließ. Dementsprechend fehlen sozialstatistische Fragen wie Alter, Geschlecht, Familienstand oder Bildungsstand.

Von den 48 Antwortern/innen befand sich die Mehrheit bereits länger als ein Jahr in Deutschland (Abb. 9): Zwei Drittel der Befragten gaben eine Aufenthaltsdauer von mehr als

12 und weniger als 18 Monaten an; 16% der Antwortter/innen lebten seit mehr als 18 Monaten in Deutschland – und in einer Gemeinschaftseinrichtung. Nur 14% der Befragten lebten weniger als ein Jahr in Deutschland. Aus einer Statistik der Stadt Leipzig geht hervor, dass im März 2017 41% der in Gemeinschaftseinrichtungen lebenden Geflüchteten weniger als ein Jahr dort lebten, während 49% eine Aufenthaltsdauer zwischen 12 und 24 Monaten und 10% länger als 24 Monate vorwiesen. Der Vergleich dieser Anteile mit den Angaben der Befragten weist darauf hin, dass erst kürzlich in Leipzig angekommene Geflüchtete in der Befragung untererfasst sind.

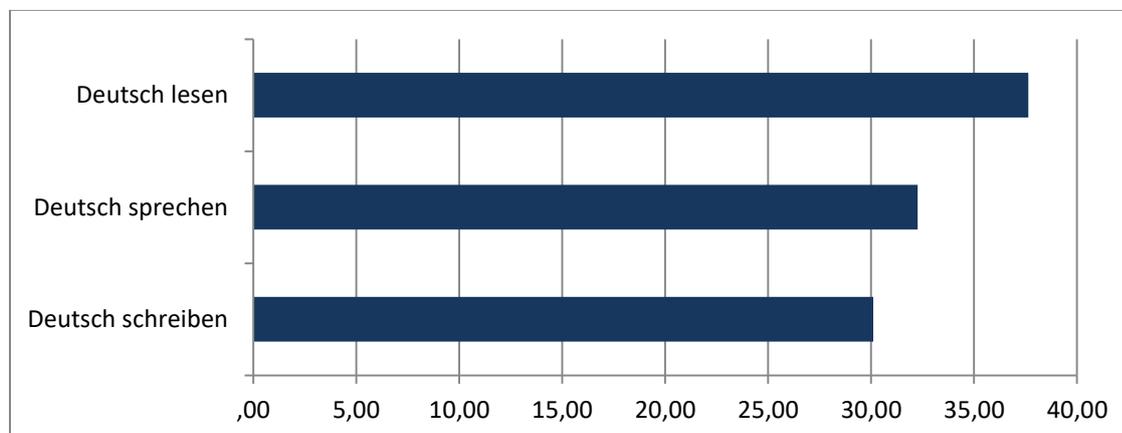
Abbildung 9: Aufenthaltsdauer in Deutschland, in Monaten



Quelle: Befragung von Asylsuchenden in Gemeinschaftseinrichtungen, n=48

Rund ein Drittel der Befragten war nach Selbsteinschätzung in der Lage, sich auf Deutsch zurechtzufinden: 38% gaben an, Deutsch lesen zu können, 32% konnten sich auf Deutsch mündlich ausdrücken und 30% gaben an, Deutsch schreiben zu können (Abb. 10).

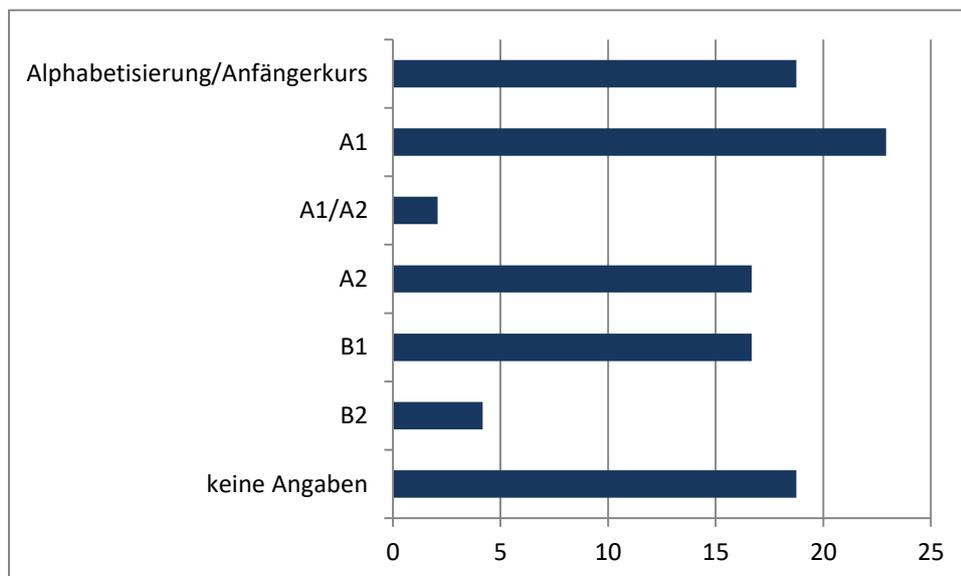
Abbildung 10: Deutsch-Kenntnisse der Befragten, in % an allen Befragten



Quelle: Befragung von Asylsuchenden in Gemeinschaftseinrichtungen, n=48

Dabei befanden sich 42% der Befragten auf Anfängerniveau (Anfänger/A1), 19% waren fortgeschrittene Anfänger (A1/2, A2), und 21% gaben an, bereits fortgeschritten zu sein (B1, B2). 19% der Befragten machten keine Angaben und es ist zu vermuten, dass diese die Kategorisierung nach dem Europäischen Referenzrahmen⁹ nicht verstanden und demnach vermutlich noch nie einen Deutschkurs besucht haben (Abb. 11).

Abbildung 11: Sprachniveau nach Europäischem Referenzrahmen (Selbstausskunft, Anteil in % an allen Befragten)



Quelle: Befragung von Asylsuchenden in Gemeinschaftseinrichtungen, n=48

Hinsichtlich ihrer generellen Fremdsprachenkenntnisse gaben 31 von 48 Befragten an, Englisch zu sprechen; weitere Fremdsprachenkenntnisse umfassten Farsi, Paschtu, Türkisch oder Persisch, sowie weniger häufig Dari, Kurdisch, Romani, Griechisch, Französisch und Russisch.

5.3 Strategien der Informationsrecherche

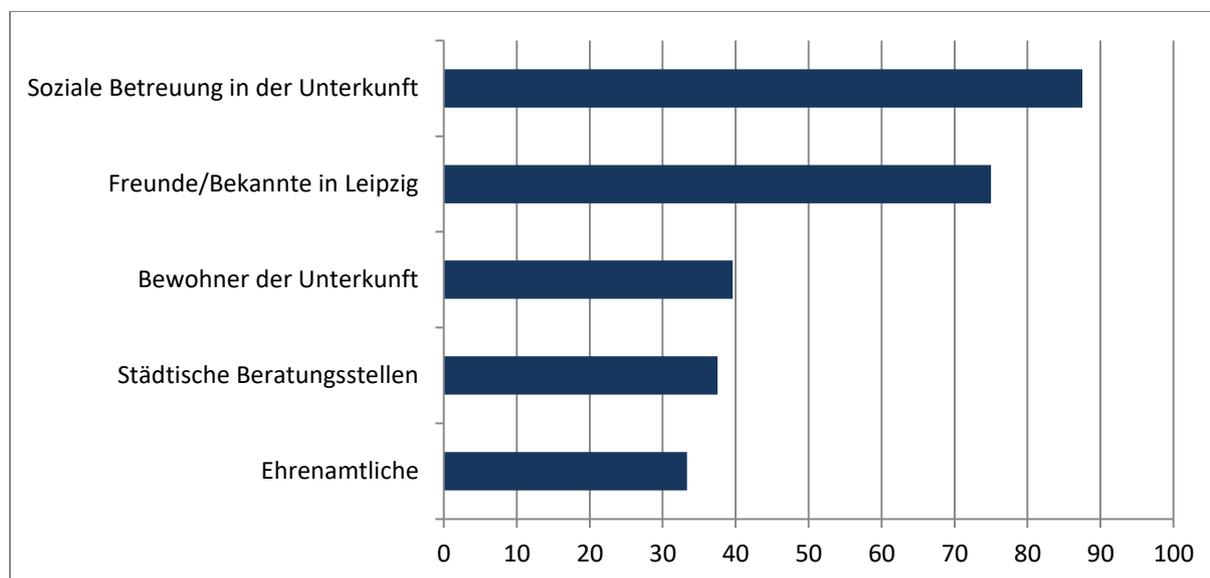
Die Befragten nutzen verschiedene Möglichkeiten, um sich über für sie relevante Themen zu informieren (Abb. 12). Die wichtigste Rolle nimmt dabei die professionelle Betreuungsperson in der Gemeinschaftseinrichtung ein, an die sich 88% der Befragten wenden, gefolgt von Freunden oder Bekannten in Leipzig, die die jeweilige Muttersprache sprechen (75%). Jeweils

⁹ Der Gemeinsame Europäische Referenzrahmen für Sprachen des Europarats definiert die Sprachkompetenz von Sprachlernenden nach Teilqualifikationen (Leseverstehen, Hörverstehen, Schreiben und Sprechen). Er ist in drei Stufen und sechs Kompetenzniveaus eingeteilt, von A1 und A2 (Anfänger, elementare Sprachnutzung), über B1 und B2 (selbstständige Sprachverwendung) bis zu C1 und C2 (kompetente Sprachverwendung) (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Gemeinsamer_Europ%C3%A4ischer_Referenzrahmen).

zwei Fünftel der Befragten wenden sich an andere Bewohner/innen der Unterkunft, an städtische Beratungsstellen oder an ehrenamtliche Helfer/innen.

Konkret nach den genutzten Beratungsstellen gefragt, wurden am häufigsten der Flüchtlingsrat Leipzig e.V. und die RAA-Beratungsstelle SALVE genannt, gefolgt von verschiedenen Einrichtungen der Caritas (Caritas, Caritasverband, MBE-Stelle der Caritas, Familienzentrum der Caritas) sowie als Einzelnennungen Beratungsstellen des DRK, die Vereine Naomi e.V., Arbeit und Leben e.V., die Kirche und andere Asylunterkünfte. Seitens der Stadtverwaltung war lediglich das Sozialamt als Anlaufstelle bekannt.

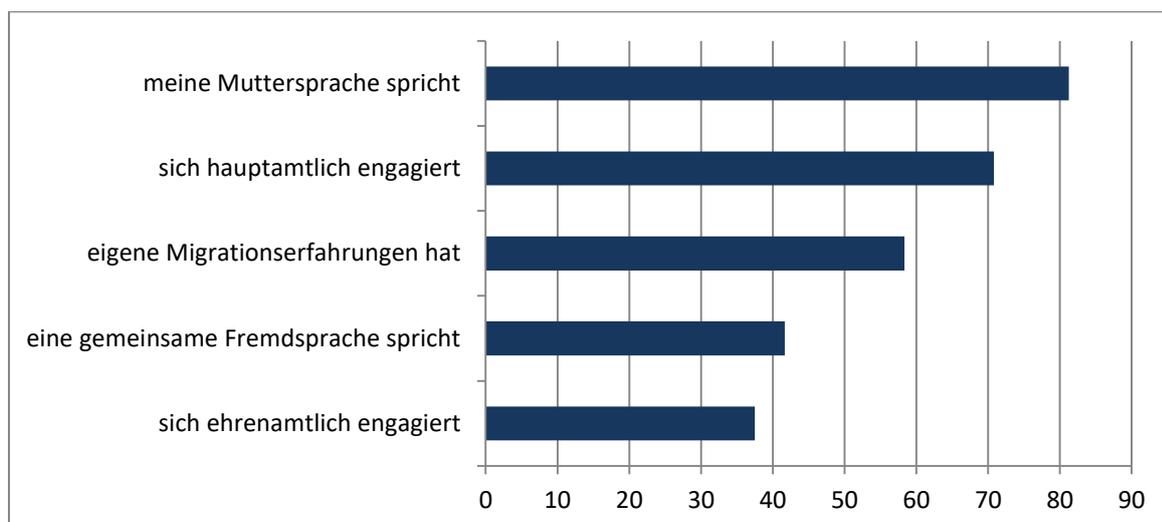
Abbildung 12: Informationsrecherche über persönliche Kontakte, Anteile in % an allen Befragten



Quelle: Befragung von Asylsuchenden in Gemeinschaftseinrichtungen, n=48

Wenn für bestimmte Themen das konkrete Einholen von Informationen mit Hilfe Dritter notwendig ist, greifen die Befragten am häufigsten auf Personen zurück, welche die gleiche Muttersprache sprechen (81%). Wichtige Ansprechpartner/innen sind zudem hauptberuflich Tätige (71%), die professionell Informationen bereitstellen können, sowie Personen, die ebenfalls Migrationserfahrung besitzen (58%) oder eine gemeinsame Fremdsprache sprechen (42%). Diese Verteilung zeigt die hohe Bedeutung von wechselseitigem Vertrauen und Verständnis für die eigene Lebenslage, die am ehesten bei anderen Migrant/innen, Fremdsprachler/innen oder bei professionellen Integrations- oder Sozialhelfer/innen vermutet wird. Ehrenamtliche spielen für die Befragten bei der Unterstützung der Informationsrecherche in unserem Sample die geringste Rolle, dennoch ist ihr Anteil mit knapp zwei Fünftel der Nennungen nicht zu unterschätzen (38%) (Abb. 13).

Abbildung 13: Persönliche Unterstützung bei der Informationsbeschaffung durch eine Person die... (Anteile in % an allen Befragten)



Quelle: Befragung von Asylsuchenden in Gemeinschaftseinrichtungen, n=48

Neben der persönlichen Informationssammlung, unterstützt durch Dritte, spielen auch eigene Recherchen im Internet, in Printmedien oder in Broschüren und Flyern eine wichtige Rolle.

Rund ein Drittel der Befragten nutzt Internetseiten in der eigenen Muttersprache oder in deutscher Sprache bzw. soziale Medien wie Facebook, um sich über das Leben in Deutschland oder speziell in Leipzig zu informieren oder auch um Deutsch zu lernen. Genannt wurden auch Formate wie „Die Flüchtlinge in Deutschland“, „Die Araber in Deutschland“, „Syrische Flüchtlinge in Deutschland“, was darauf hindeutet, dass die Geflüchteten dezidiert nach Informationen und Erfahrungen suchen, die sich auf ihre konkrete Lebenslage beziehen. Aufgesucht werden zudem städtische Informationsseiten wie die Seiten der Leipziger Verkehrsbetriebe oder leipzig.de, bzw. spezielle Seiten, die sich an Geflüchtete in Leipzig richten, wie z.B. das Buddy-Programm der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig (HTWK). Auch Services wie z.B. ebay, googlemaps, Google Übersetzer oder die Wohnungsplattform Immonet wurden als Informationsquellen genannt.

Bei den gedruckten Informationsmedien haben klassische Printmedien wie Tageszeitungen (zwei Nennungen) oder kostenlose Stadtteilzeitschriften (acht Nennungen) keinen hohen Stellenwert. Genutzt werden jedoch Informationsbroschüren zu speziellen Themengebieten, die im Interesse der Geflüchteten liegen, wie z.B. der Gesundheitswegweiser der Stadt Leipzig (incl. Ärzteverzeichnis) und der Behördenwegweiser, Broschüren zum Thema Flucht wie den „Refugee Guide“ oder die „Orientierungshilfe für Asylsuchende“, sowie Informationsbroschüren zu den Themen Freizeitgestaltung oder Kinderbetreuung.

Die Befragten nennen eine Vielzahl an Themengebieten, zu denen sie sich gerne umfassender informieren würden. Dabei sind Wünsche nach Informationen zum Asylverfahren und Zukunftsperspektiven (Soziale Betreuung, Abläufe im Asylverfahren und danach, Ausbildungsmöglichkeiten und deren Finanzierung) in etwa gleich verteilt mit Informationen zur Lebensgestaltung in Deutschland (Schulsystem, Kindererziehung, Leben in Deutschland, Arbeiten in Deutschland, Funktionsweise deutscher Behörden) sowie zu deutscher Geschichte, Kultur und Mentalität (Deutsche Geschichte und Kultur, Landeskunde, politisches System, Gesetze in Deutschland, Verhaltensregeln in Deutschland, touristische Ziele). Dies zeigt, dass viele Befragte sich auf einen längeren oder dauerhaften Aufenthalt in Deutschland einrichten und sich bewusst auf diese Zeit und den Integrationsprozess vorbereiten möchten. Dies betrifft nicht nur ihre persönlichen Lebensumstände, sondern auch eine Annäherung an die deutsche Gesellschaft, die sie auch über entsprechende Hintergrundinformationen kennen und verstehen lernen möchten.

5.4 Aktuelle Problemlagen und Unterstützungsbedarf

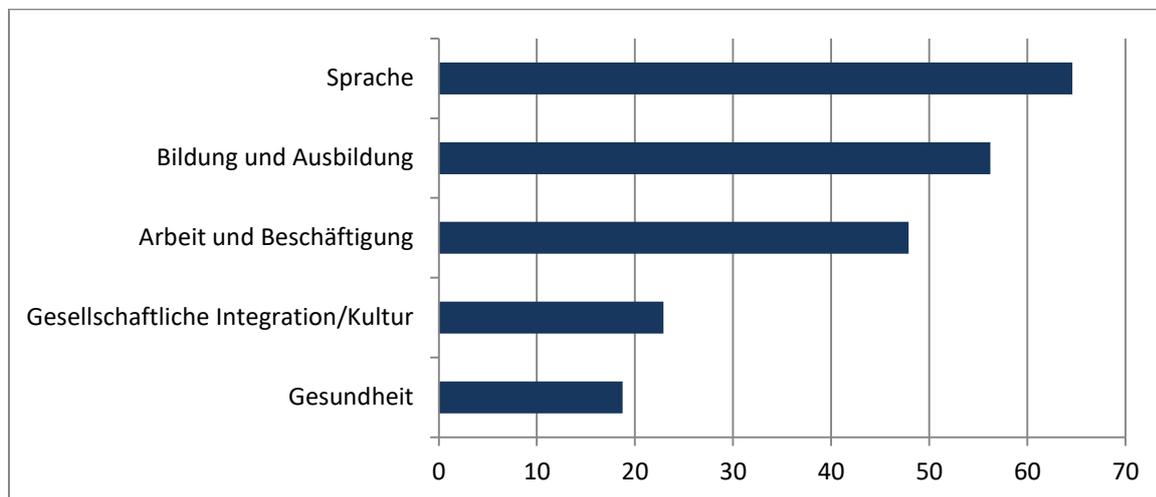
Um die aktuellen Unterstützungsbedarfe und die Einsatzmöglichkeiten von Ehrenamtlichen besser einschätzen zu können, wurde im zweiten Teil des Fragebogens auf konkrete, drängende Problemlagen und Unterstützungsbedarfe der Geflüchteten abgezielt.

Gefragt nach zwei von fünf möglichen Bereichen, die aktuell am wichtigsten für die Befragten sind, standen die Bereiche Sprache (65%), Bildung/Ausbildung (56%) sowie Arbeit und Beschäftigung (48%) an vorderster Stelle (Abb. 14). Dies ist angesichts der Aufenthaltsdauer der Befragten plausibel, die vielfach über das Stadium des Ankommens hinaus sind, teilweise bereits eine Asylanerkennung haben und nun so bald wie möglich auf eigenen Beinen stehen möchten (und müssen).

Über diese (auch von der deutschen Gesellschaft und Politik als Integrationsleistung stets geforderten) Lebensbereiche hinaus zeigt die Befragung jedoch sehr deutlich die komplexe Belastungssituation, in der sich Geflüchtete befinden. Neben der Notwendigkeit, in der neuen Umgebung Fuß zu fassen und wieder in ein selbstbestimmtes Leben hineinzufinden, bringt die Fluchtbiographie viele akute und teils existenzielle Problemlagen mit sich, die im Integrationsprozess mit bedacht werden müssen. Dies sind die Sorge um den Aufenthaltsstatus und die Bleibemöglichkeit (71%), Sorge um Angehörige, die im Heimatland zurückgeblieben sind (56%), Sorge um die eigene Gesundheit (25%), Sorge um den Familiennachzug von Angehörigen (21%) sowie der Wunsch, möglichst bald Geld zu

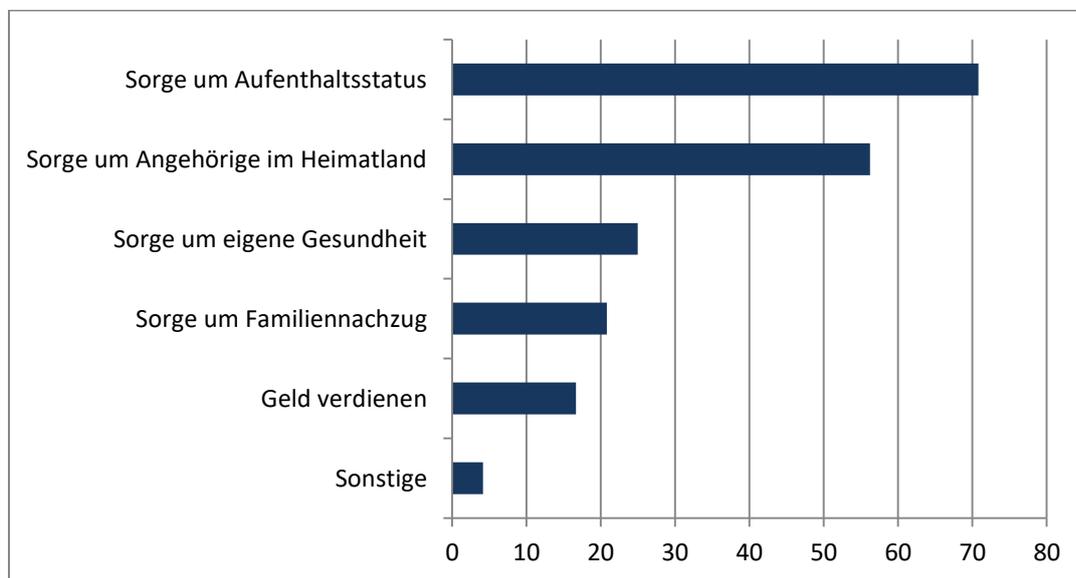
verdienen (17%), um durch die Flucht entstandene Schulden abzubauen oder Familienangehörige unterstützen zu können. Weitere Sorgen umfassen die derzeitige Wohnsituation und Befürchtungen, die deutsche Sprache nicht schnell und gut genug (oder überhaupt nicht) erlernen zu können (4%) (Abb. 15).

Abbildung 14: Was ist aktuell am wichtigsten? (Anteile in % an allen Befragten)



Quelle: Befragung von Asylsuchenden in Gemeinschaftseinrichtungen, n=48

Abbildung 15: Was sind momentan existenzielle Fragen/Sorgen? (Anteile in % an allen Befragten)

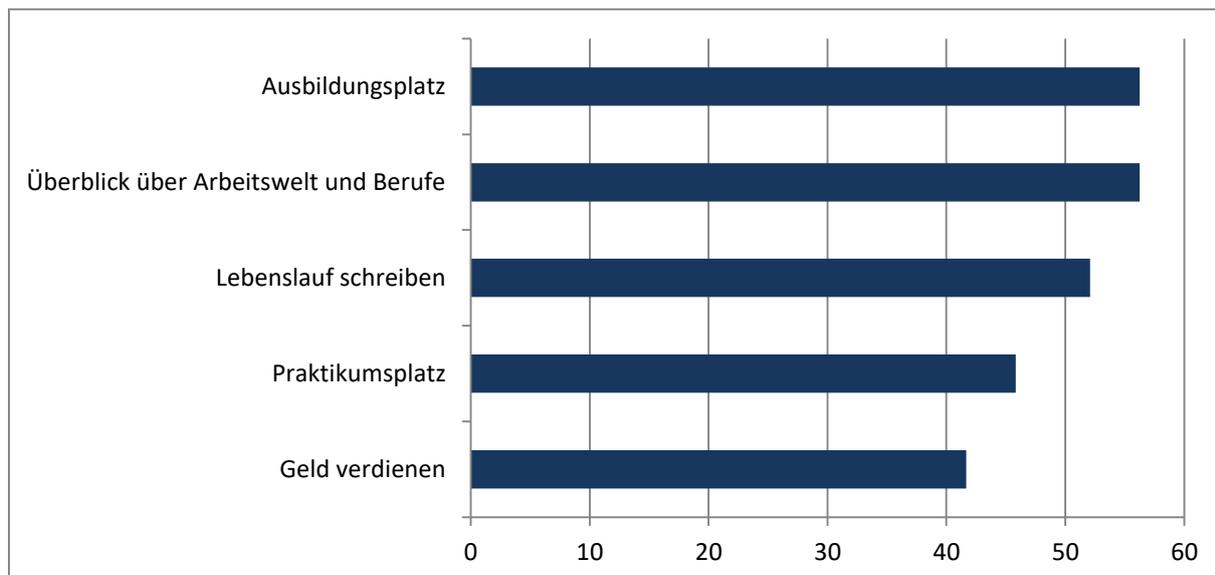


Quelle: Befragung von Asylsuchenden in Gemeinschaftseinrichtungen, n=48

Ein weiterer Schritt zur Konkretisierung des Beratungs- und Unterstützungsbedarfs war die Nachfrage nach Unterstützungsbedarf in folgenden Lebensbereichen: Arbeit, Alltag, Sprache, Mobilität und Kinder.

Im Bereich Arbeit, der mit die meisten Nennungen erhielt, stand die Suche nach einem Ausbildungsplatz sowie der Wunsch, sich einen Überblick über den deutschen Arbeitsmarkt und das Berufssystem zu verschaffen, an erster Stelle (je 56%). Unterstützungsbedarf wurde zudem beim Verfassen eines Lebenslaufes (52%) sowie bei der Suche nach einem Praktikumsplatz (46%) gewünscht. Auch der Wunsch, Unterstützung bei der Jobsuche zu erhalten (42%), wurde häufig geäußert (Abb. 16).

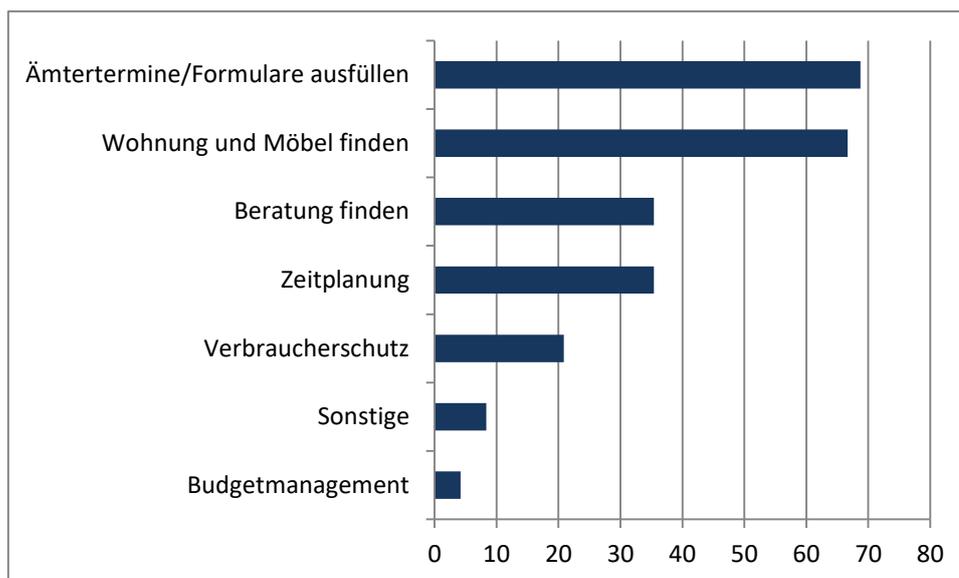
Abbildung 16: Unterstützungsbedarf im Bereich „Arbeit“ (Anteile in % an allen Befragten)



Quelle: Befragung von Asylsuchenden in Gemeinschaftseinrichtungen, n=48

Der zweitwichtigste Bereich – gemessen an der Gesamtzahl der Nennungen – war die Alltagsbewältigung (Abb. 17). Hier wünschen sich die Befragten mehrheitlich Hilfen bei dem Wahrnehmen von Ämterterminen und dem Ausfüllen von Formularen (69%) sowie bei der Wohnungssuche und der Suche nach Ausstattungsgegenständen für die eigene Wohnung (67%). Weiterer – allerdings weniger häufig geäußertes – Unterstützungsbedarf bezog sich auf Beratungsmöglichkeiten (35%), Zeitplanung (35%), den Verbraucherschutz (21%) und das Budgetmanagement (4%). Unter „Sonstiges“ (8%) wurden zudem die Bereiche „Deutsch lernen/Sprachkurs finden“, „Deutsche Freunde finden“, „Begleitung zu Arztterminen“ und „Post verstehen“ (bezogen auf behördliche Schreiben) genannt.

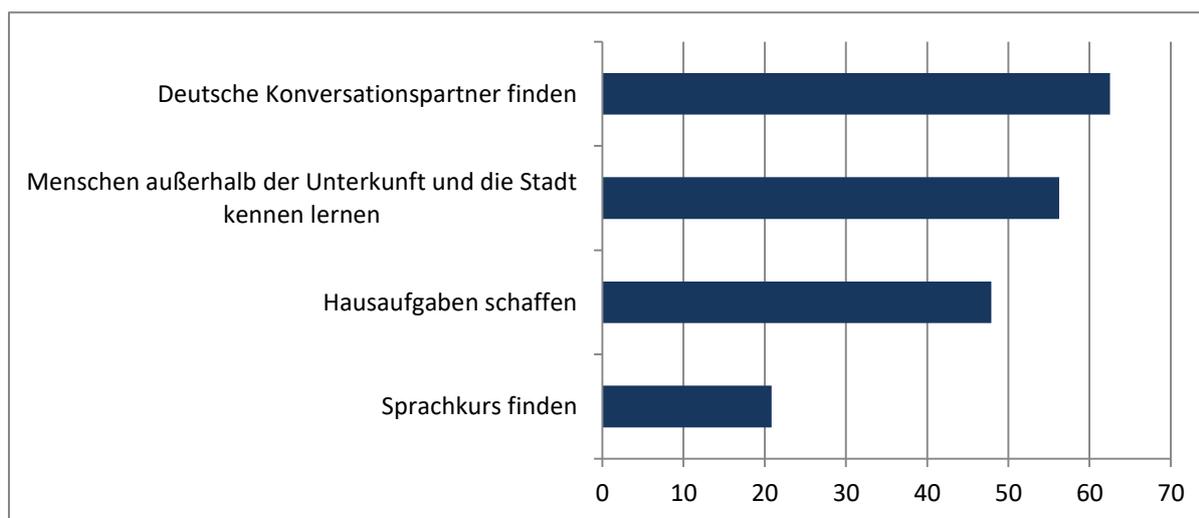
Abbildung 17: Unterstützungsbedarf im Bereich „Alltag“ (Anteile in % an allen Befragten)



Quelle: Befragung von Asylsuchenden in Gemeinschaftseinrichtungen, n=48

Auch Unterstützung beim Spracherwerb ist ein wichtiger Bereich für die Geflüchteten (Abb. 18). Hier wünschen sie sich vor allem Gesprächsanlässe für das Trainieren der deutschen Sprache, etwa durch die Vermittlung von Konversationspartner/innen (63%) oder generell das Knüpfen von Kontakten zu Deutschen und einer sozialen Umgebung in der Stadt Leipzig (56%). Für (Sprach)Schüler/innen stand zudem Hilfe bei der Bewältigung von Hausaufgaben auf der Agenda (48%), sowie für jene, die noch keinen Sprachkurs besuchen, das Finden des geeigneten Sprachkurses bzw. Hilfe beim Zugang zu einem Sprachkurs (21%).

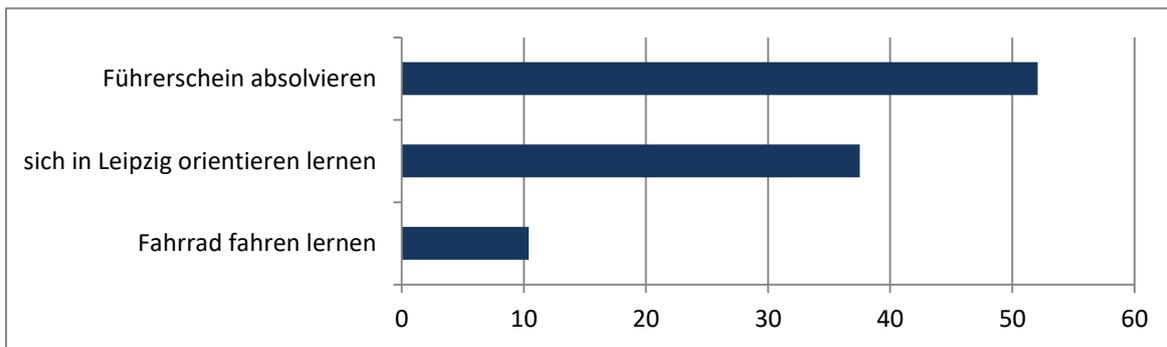
Abbildung 18: Unterstützungsbedarf im Bereich „Sprache“ (Anteile in % an allen Befragten)



Quelle: Befragung von Asylsuchenden in Gemeinschaftseinrichtungen, n=48

Zu einem selbstbestimmten Leben gehört auch die Teilhabe an Mobilität. Allem voran wird in diesem Bereich Unterstützung beim Erwerb der Fahrerlaubnis genannt (52%), gefolgt von Unterstützung bei der Orientierung in Leipzig via Stadtplan und öffentlichen Nahverkehrsmitteln (38%) sowie das Erlernen des Fahrradfahrens (10%) (Abb. 19).

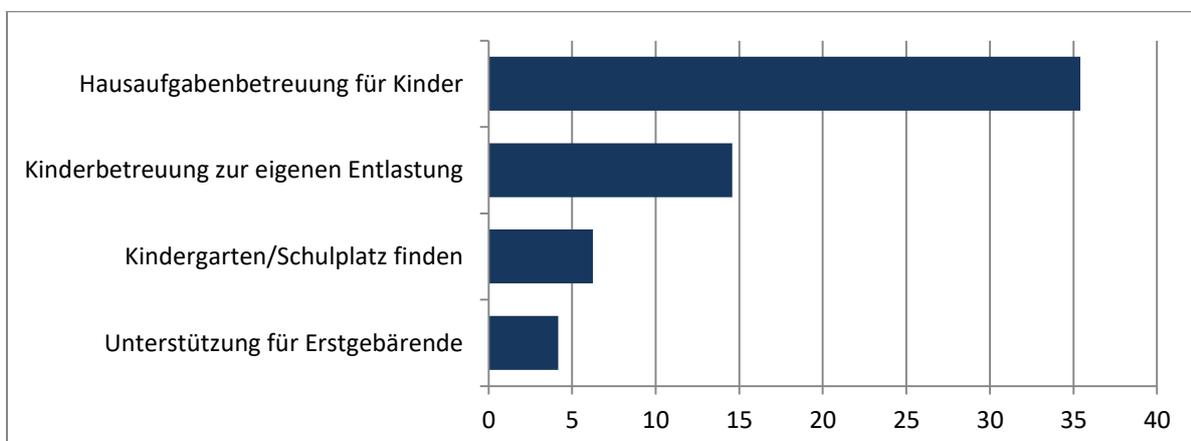
Abbildung 19: Unterstützungsbedarf im Bereich „Mobilität“ (Anteile in % an allen Befragten)



Quelle: Befragung von Asylsuchenden in Gemeinschaftseinrichtungen, n=48

Für diejenigen Befragten, die Eltern sind, bestehen auch Unterstützungswünsche im Bereich der Kinderbetreuung oder bei der Begleitung des Schulerfolgs ihrer Kinder (Abb. 20). So steht Hilfe für die Hausaufgaben der Kinder in diesem Bereich an erster Stelle (35%), gefolgt von dem Wunsch nach einer Entlastung bei der Kinderbetreuung, etwa in Form einer „Patent-Oma“ (15%). Weitere – weniger häufige – Nennungen waren die Unterstützung bei der Suche nach einem Kitaplatz oder einer Schule sowie die Unterstützung von Schwangeren und Erstgebärenden.

Abbildung 20: Unterstützungsbedarf im Bereich „Kinder/Elternschaft“ (Anteile in % an allen Befragten)



Quelle: Befragung von Asylsuchenden in Gemeinschaftseinrichtungen, n=48

5.5 Zwischenfazit

Die Befragungsergebnisse liefern einen ersten Überblick über die Informations- und Unterstützungsbedürfnisse von Geflüchteten in Leipzig. Aufgrund der geringen Fallzahl und der genannten Schwierigkeiten in der Befragungsdurchführung sind die Ergebnisse nicht als repräsentativ anzusehen. Dennoch liefern sie erste Hinweise darauf, an welcher Stelle die gezielte Vermittlung zu Beratungseinrichtungen, der Einsatz von Ehrenamtlichen bzw. die Erstellung und Verbreitung von Informationsmaterialien notwendig und hilfreich sind.

Die Befragungsergebnisse zeigen, dass aus der Perspektiven der Geflüchteten die gezielten Schritte in die deutsche Gesellschaft, verbunden mit Spracherwerb, Bildung und Arbeitsmarktzugang, an erster Stelle stehen. Zugänge suchen sie über die ihnen bekannten Medien und Kontaktpersonen, wobei Kontaktpartner/innen mit der gleichen Muttersprache oder eigener Migrationserfahrung einen besonderen Stellenwert haben, vermutlich da zu ihnen leichter ein Vertrauensverhältnis aufgebaut werden kann. Die große Bedeutung von hauptamtlichen Ansprechpartner/innen dürfte auch durch die Tatsache begründet sein, dass die Befragten ausnahmslos in Gemeinschaftseinrichtungen mit entsprechender Sozialbetreuung lebten. Es zeigt jedoch auch die große Bedeutung und Verantwortung der Sozialbetreuer/innen in Gemeinschaftseinrichtungen, die eine Schlüsselposition im individuellen Integrationsmanagement einnehmen. Inwieweit ein ähnlicher Bedarf bei dezentral lebenden Geflüchteten ebenfalls besteht und inwieweit er erfüllt wird, müsste Gegenstand weiterer Untersuchungen sein.

Die Vielzahl von genutzten online-Medien und Print-Angeboten zeigt, dass es einen Bedarf an Informationsmedien gibt, die sich auf die Lebenslage der Geflüchteten beziehen. Daher sollten lokale Angebote wie „Wegweiser für Geflüchtete“ unbedingt weiter geführt werden, als mehrsprachiges Angebot bereit stehen und allen Multiplikator/innen (auch den Ehrenamtlichen) im Bereich der Flüchtlingsarbeit bekannt gemacht werden. Hervorzuheben ist an dieser Stelle ebenfalls das große Interesse an einer Annäherung an die deutsche Gesellschaft, z.B. durch das Kennenlernen von Deutschen oder die Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte, Kultur und Landeskunde. Diese Bedürfnisse gehen über die Befriedigung von individuellen Problemlagen hinaus und zeigen den Integrationswillen der Befragten. Die Erkundung von aktuellen Problemlagen zeigt jedoch, dass die Mehrheit der Befragten mit teils existenziellen Problemen oder fortdauernden Traumata konfrontiert ist, die das Ankommen im deutschen Alltag nachhaltig erschweren. Auf diese Tatsache sollte bei

allen Bemühungen um die Integration der Geflüchteten und daran gekoppelten Erwartungen hinsichtlich des Tempos der Integration Rücksicht genommen werden.

6. Vergleichende Ergebnisdiskussion und Schlussfolgerungen

Ein Vergleich der Befragungsergebnisse zu den Bedarfen Geflüchteter aus Eigenperspektive und aus der Perspektive von Schlüsselpersonen zeigt große Übereinstimmungen. Neben der Bewältigung des Ankommens im deutschen Alltag mit den zentralen Bereichen Spracherwerb, Bildung und Arbeitsmarktzugang äußerten die Geflüchteten ebenso den Bedarf an einer umfassenden **Orientierung** in ihrer neuen Lebensumgebung, nicht nur hinsichtlich der Orientierung innerhalb der Stadt, sondern auch hinsichtlich eines Kennenlernens der deutschen Kultur und Mentalität. Dabei schätzen sie die persönliche Begegnung und wünschen sich individuelle Kontakte zu Deutschen.

All diese Bereiche werden auch von den befragten Sozialbetreuer/innen in Gemeinschaftseinrichtungen als wesentliche Aspekte der Integrationsarbeit betrachtet, die zu großen Teilen auf den Schultern von Ehrenamtlichen ruht. Diese sind dabei **hohen Anforderungen** ausgesetzt, sowohl hinsichtlich ihres Informationsniveaus in Bezug auf die spezifische Lebenslage der Geflüchteten (einschließlich Wissen zu formalen Rahmenbedingungen des Aufenthalts, Ablauf des Asylverfahrens etc.), sondern auch hinsichtlich ihrer interkulturellen und generellen sozialen Kompetenz und der Bewältigung emotional belastender Situationen.

Sowohl in der Befragung der Geflüchteten als auch aus den Gesprächen mit den Sozialbetreuer/innen zeigt sich die **starke psychosoziale Belastung**, der viele Geflüchtete angesichts von traumatisierenden Erfahrungen im Heimatland und auf der Flucht sowie der Ungewissheit über ihre gegenwärtige und zukünftige Lebenssituation ausgesetzt sind. In dieser Situation sind sie auf **professionelle Betreuung und Begleitung** angewiesen, und sie suchen und finden diese bei den hauptamtlichen sozialpädagogischen Beschäftigten in den Gemeinschaftseinrichtungen, die während des dortigen Aufenthalts ihre zentralen Bezugspersonen darstellen. Mit dem Auszug aus der GU entsteht diesbezüglich eine **Leerstelle** und es ist fraglich, ob die Geflüchteten diese aus eigener Kraft ausreichend füllen können.

Angesichts der Tatsache, dass die GU's in Leipzig relativ gleichmäßig über die verschiedenen Stadtteile verteilt sind und dass viele Geflüchtete eine Wohnung im Umfeld ihrer bisherigen

GU finden, könnten die **GU's mit ihrer personellen Struktur als Anlaufstelle für Geflüchtete** auch nach Auszug aus der GU eingesetzt werden. Die Sozialarbeiter/innen in den GU's könnten weiterhin Orientierung und Hilfe anbieten, die **GU könnte weiterhin ein Knotenpunkt für Informations- und Vernetzungsaktivitäten sein, sowohl für die Geflüchteten als auch für die Ehrenamtlichen. Diese Funktionsausweitung der GU wäre selbstverständlich nur durch eine Aufstockung des hauptamtlichen Personaldeputats zu erreichen.**

Sowohl die Befragung der Geflüchteten, als auch die Einschätzungen der Hauptamtlichen zeigen große und **langfristige Bedarfe hinsichtlich der Integration in Bildung, Ausbildung und Arbeit, Hilfe bei der Wohnungssuche sowie Unterstützung der Kommunikation mit behördlichen Akteur/innen.** All diese Aufgaben fallen nicht in den Bereich des Ehrenamtes, werden jedoch derzeit im hohen Maße kompensatorisch durch ehrenamtliche Akteur/innen abgedeckt. Dies fällt besonders deutlich bei einem Vergleich der Angebote des Ehrenamtswegweisers mit den Aussagen der befragten Sozialbetreuer/innen zum Einsatz von Ehrenamtlichen auf (vgl. Abb. 1/2). Während die angebotenen ehrenamtlichen Aktivitäten fast ausschließlich alltags- und freizeitorientiert sind, liegen die Schwerpunkte der tatsächlichen ehrenamtlichen Arbeit unter anderem im Bereich Wohnungssuche (61%), Sprachmittlung (52%) und Begleitung bei Ämtergängen und Arztbesuchen (48%). Hieraus ergeben sich verschiedene Probleme für alle Beteiligten: Für die Ehrenamtlichen kann sich aus dieser Situation eine zeitliche, fachliche und emotionale Überforderung ergeben, die in Rückzug und Beziehungsabbruch münden kann. Probleme für die Geflüchteten liegen im Bereich fehlender Qualitätsstandards, möglicherweise lücken- oder fehlerhafter Beratung sowie dem Gefühl, auf Almosen angewiesen zu sein, anstatt als Bürger der Stadt Leipzig Rechte zu haben (Wohnen, Bildung, Arbeit, korrektes Behördenhandeln) und diese einzufordern. Auf Seiten der Behörden und der hauptamtlichen Akteur/innen ergibt sich aus dem kompensatorischen Einsatz von Ehrenamtlichen ein Aufgeben eigener Handlungs- und Steuerungskompetenz, das Verlassen eigener Qualitätsansprüche und mangelnde Effizienz in der Bewältigung der gemeinsamen Integrationsaufgaben.

Dabei ist der kompensatorische Einsatz von Ehrenamtlichen in Leipzig kein Einzelfall, sondern ist laut einschlägiger Studien flächendeckend in Deutschland zu beobachten. Während sich diese Konstellation anfänglich durch die chaotische Aufnahmesituation erklären ließ, die durch die massenhafte Ankunft großer Zahlen von Asylsuchenden im Jahr 2015 hervorgerufen wurde, dient heute die Erfahrung der vergangenen zwei Jahre manchen

Gemeinden als Referenzfolie, um unter dem an das Ehrenamt gerichteten Zuruf „Ihr macht das schon“ hauptamtliche Kapazitäten an den betreffenden Stellen dauerhaft einzusparen (vgl. Holinski 2015). Der Sächsische Flüchtlingsrat listet dezidiert die Aufgabenfelder der hauptamtlichen, professionellen Flüchtlingssozialarbeit auf, zu denen das Ehrenamt eine wertvolle Ergänzung darstellen kann, aber eben nur eine Ergänzung. Dazu zählen demnach u.a.

- die Orientierung in der Aufnahmegesellschaft,
- die Beratung von Asylsuchenden,
- die Unterstützung von Behördengängen, sowie
- Information über und Vermittlung in Bildungsangebote (vgl. Holinski 2015).

Der Sächsische Flüchtlingsrat betont dabei, dass Aufgaben wie Erstororientierung, Beratung und Begleitung von geschultem Personal mit hoher Verweiskompetenz ausgeübt werden sollten und keinesfalls von einer Ressource wie der Freiwilligkeit abhängen dürften (Holinski 2015: 10). Verschiedene Gutachten und Gemeindestudien zur Flüchtlingsaufnahme unterstützen diese Auffassung und empfehlen, nach diesen ersten Jahren der ad-hoc-Maßnahmen zu geordneten Rollenaufteilungen zurückzukehren (vgl. Kammerer 2016: 64). Hierfür ist eine **Rollenklärung** vorzunehmen, in der die Bereiche der weisungsgebundenen Pflichtaufgaben einer Kommune, ihrer pflichtigen und freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben sowie die Zuständigkeiten und Überschneidungen der Einsatzgebiete für Haupt- und Ehrenamtliche klar definiert und zueinander in Beziehung gesetzt werden. Dies sollte in Zusammenarbeit zwischen haupt- und ehrenamtlichen Institutionen und Vertreter/innen der Zivilgesellschaft erfolgen. **Zudem sollten städtische Behörden und ihre Mitarbeiter/innen ertüchtigt werden, sich den multiplen und teilweise divergenten Problemlagen Geflüchteter mit der notwendigen interkulturellen Sensibilität anzunehmen – unterstützt von professionellen und vereidigten Sprachmittler/innen.**

Die Befragung der Geflüchteten ergab, dass jenseits der formalen Zuständigkeit die persönliche Vertrauensbeziehung zu einer helfenden Person eine große Rolle spielt, um sich dieser anzuvertrauen. Die Einbindung von Ehrenamtlichen, insbesondere in Form personenbezogener Zuständigkeiten (z.B. durch Patenschaften) wird sich daher niemals ausschließlich auf „typische ehrenamtliche Bereiche“ wie Freizeitgestaltung oder Alltagsorientierung fixieren lassen, sondern die Ehrenamtlichen werden nach dem Aufbau einer Vertrauensbeziehung auch hinsichtlich anderer Lebens- und Problemlagen der

Geflüchteten um Rat und Unterstützung gefragt. **An dieser Stelle ist eine professionelle Koordination und Supervision notwendig, in Verbindung mit einer klaren Verweisstruktur auf entsprechende hauptamtliche Akteur/innen, um das Ehrenamt nicht fachlich und emotional zu überlasten. Diese muss in hoher Qualität und finanziell nachhaltig abgesichert werden.**

Zudem müssen die Ressourcen und Möglichkeiten im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltungsaufgaben für eine Verbesserung der psychosozialen Stabilisierung von Geflüchteten ausgeschöpft werden. Hier darf stellvertretend eine Sozialbetreuer/in zitiert werden: „Mit dem aktuellen (Betreuungs-) Schlüssel tut sich die Gesellschaft langfristig keinen Gefallen!“

Die Befragungsergebnisse zeigen, dass der Bedarf an Unterstützung der Integration nicht kurzfristig und vorübergehend ist, sondern langfristig, und zwar unabhängig von der weiteren Entwicklung der Asylzuwanderung. Dies bedeutet, dass ehrenamtliche Potenziale nachhaltig aufgebaut und gepflegt werden müssen, insbesondere wenn die mediale Aufmerksamkeit sich anderen Themen zuwendet und damit die Selbstmobilisierung von Ehrenamtlichen zurückgeht.¹⁰ Die Befragung ergab einerseits eine realistische Einschätzung des (durchaus hohen) professionellen Koordinierungsaufwandes für ehrenamtliche Akteur/innen, der derzeit nicht abgedeckt ist, und zeigte andererseits Defizite in der Akquise und Vermittlung von Ehrenamtlichen, die teilweise durch die große Akteursvielfalt bedingt ist. **Um an dieser Stelle die wichtigen zivilgesellschaftlichen Potenziale nicht zu vergeuden, sollten die existierenden Koordinierungsstellen wie z.B. die Freiwilligenagentur technisch und personell in die Lage versetzt werden, als zentrale Vermittlungsstelle zwischen Ehrenamtsinteressierten und sozialen Einrichtungen bzw. zivilgesellschaftlichen Institutionen zu agieren. Grundlage für das Funktionieren einer zentralen Ehrenamtskoordination ist unter anderem die Bereitschaft aller relevanten Institutionen, sich auf eine derartige Vernetzung einzulassen.**

Ein letzter Aspekt in Bezug auf die Einbindung von Ehrenamtlichen und zivilgesellschaftlichen Initiativen ist deren Qualifikation, die Begleitung und die Wertschätzung ihrer Arbeit. Dies ist in einem Zusammenhang zu sehen, denn qualitativ hochwertige Weiterbildungsangebote zeigen seitens der Anbieter die Bedeutung und Wertschätzung der Aufgabe, die die Ehrenamtlichen übernehmen. **Entsprechende modularisierte Weiterbildungs- und Supervisionsangebote könnten trägerübergreifend**

¹⁰ Einige der Befragten haben bereits entsprechende Beobachtungen gemacht.

durch etablierte Bildungsakteure wie z.B. die Volkshochschule durchgeführt werden.

Die Steigerung der öffentlichen Wahrnehmung ehrenamtlicher Tätigkeiten durch eine gezielte und professionelle Öffentlichkeitsarbeit fördert nicht allein die Anerkennungskultur, sondern ist auch dazu geeignet, weitere Interessenten für entsprechende Aufgaben zu gewinnen.

7. Fazit und Handlungsempfehlungen

Die vorliegende Studie hatte zum Ziel, auf der Basis von Befragungen in Gemeinschaftseinrichtungen für Geflüchtete zu ermitteln, welche Unterstützungsbedarfe aus Sicht der Sozialbetreuer/innen und der Geflüchteten existieren und wie diesen Bedarfen unter Einbeziehung von Haupt- und Ehrenamtlichen entsprochen wird. Zudem sollte Aufschluss über die Passfähigkeit des Unterstützungsnetzwerks für Geflüchtete in Leipzig gegeben sowie Defizite und Verbesserungsmöglichkeiten aufgezeigt werden.

Die vorliegenden Ergebnisse bestätigen wesentliche Erkenntnisse aus bundesweiten Studien, die in den vergangenen Jahren durchgeführt wurden (vgl. u. a. Ahrens 2017, Aumüller et al. 2015, bagfa 2017, Karakayali/Kleist 2015, Schamann/Kühn 2017, Schiffauer et al. 2017, Seth/Becker 2016, Vertovec et al. 2017). Die Ergebnisse wurden mit verschiedenen handelnden Akteur/innen im Feld der institutionalisierten ehrenamtlichen Arbeit diskutiert, um einerseits die Interpretation zu validieren und um andererseits die Spezifik des Standortes Leipzig weiter herauszuarbeiten und dementsprechend auch zu standortangemessenen Handlungsempfehlungen zu gelangen. Diese abschließenden Empfehlungen ergänzen die Befunde und Empfehlungen des vorherigen Kapitels und verweisen auf die Schnittstellen zu anderen und übergeordneten Handlungs- und Politikfeldern:

Sozioökonomische Ausgangslage: Die Stadt Leipzig ist durch ihre Lage in Deutschlands Osten mit einem hohen Bevölkerungsanteil in sozialen Problemlagen und im gesamtdeutschen Vergleich geringer Diversität zu charakterisieren. Zugleich besitzt sie eine ausgeprägte zivilgesellschaftliche Stärke, die sich nicht zuletzt in der zentralen Rolle, die die Stadt und ihre Bürger/innen bei der friedlichen Revolution 1989 gespielt haben, zeigte. Seither ist die Stadt geschrumpft und wieder gewachsen und hat dabei deutlich an gesellschaftlicher Vielfalt hinzugewonnen – nicht zuletzt durch Zuzüge aus dem In- und Ausland. **Ein Abgleich der materiellen, sozialen und ideellen städtischen Strukturen mit diesen gesellschaftlichen Veränderungen ist daher eine Daueraufgabe.**

Vielfalt mit Durchblick: Die oben erwähnte zivilgesellschaftliche Stärke ist eine Ursache für das breite Akteursfeld, das in den vergangenen Jahren im Bereich der Flüchtlingsintegration entstanden ist. Die gegenseitige Identifikation fällt sogar den institutionellen Akteur/innen schwer, ganz zu schweigen von der Orientierung von Ehrenamtsinteressierten. Aus diesem Grunde ist die Initiative der Stiftung Bürger für Leipzig hervorzuheben, einen Leitfaden für Haupt- und Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe zu erstellen, der alle relevanten Informationen und Akteure aufschlüsselt. Wichtig wird hier sein, dass die langfristige redaktionelle Betreuung gewährleistet ist, um den Wegweiser stets aktuell zu halten.

Best Practice: Wegweiser Flüchtlingshilfe Leipzig, analog und online

In 14 Kapiteln wird komprimiert und strukturiert erfasst, was man als Helfer/in in allen wichtigen Lebenslagen wissen muss: Welche Regeln gelten, welche staatlichen Strukturen sind wofür zuständig und wo findet man kompetente Ansprechpartner/innen in zivilgesellschaftlichen Organisationen? Der Wegweiser soll bis Ende Oktober 2017 fertig gestellt werden und in großer Auflage gedruckt werden. Das Projekt wird unterstützt durch das Referat Migration und Integration der Stadt Leipzig sowie die Kommunalen Bildungskoordinatoren des Amtes für Familie, Jugend und Bildung der Stadt Leipzig. Perspektivisch sollen alle Inhalte des Wegweisers auch online verfügbar sein, um auf diesem Wege auch die Aktualität zu gewährleisten, so wie es z.B. in der Stadt Dresden praktiziert wird (www.afeefa.de).

Quelle: Stiftung Bürger für Leipzig 2017

Identifizierung und Evaluation von Wirkungsketten: Die Akteursvielfalt und Unübersichtlichkeit von Angeboten und Kompetenzen führt verschiedentlich zu einer ineffektiven Ressourcenverwendung und unklaren Akteursrollen. Die in der Regel sektorale Organisation des professionellen Akteurshandelns (gegenüber der stärker lebenslauforientierten Fokussierung des Ehrenamtes) erschwert die Identifikation von Überlappungen oder Lücken im Verlauf des Integrationsprozesses. Hinzu kommt eine große Spezifik von individuellen Problemlagen geflüchteter Menschen, die durch die Diversität von Kulturen, Biographien, Erwartungen und Lebenslagen zustande kommt, auf die pauschale Angebote nicht adäquat reagieren können (vgl. Johannson 2016: 62ff, Vertovec et al. 2017: 27ff). Es ist daher zu empfehlen, anhand idealtypischer „Integrationsverläufe“ und in diesem Zusammenhang auftretenden typischen Problemkonstellationen **Wirkungsketten** zu beschreiben, die idealtypische Etappen im Integrationsprozess identifizieren und damit auch die Verknüpfung von Akteuren, die jeweiligen Zuständigkeiten und den dementsprechenden Abstimmungsbedarf transparent machen. Auf dieser Basis können Angebote aufeinander abgestimmt werden, die Effizienz von Angeboten erhöht werden und variierenden Bedürfnissen besser entsprochen werden.

Zentrale Ehrenamtskoordination: Die Untersuchungsergebnisse zeigen die nachhaltig große Bedeutung des Ehrenamtes zur Unterstützung und Ergänzung hauptamtlicher Arbeit, weisen jedoch auch auf die Notwendigkeit der Akquise, Schulung, Supervision und Einsatzkoordination ehrenamtlicher Flüchtlingshelfer/innen hin, die durch eine hauptamtliche Ressource nachhaltig gewährleistet werden sollte. Eine wichtige Frage ist hierbei, welcher Akteur bzw. welche Akteure das zentrale Mandat zur Installation einer Koordinationsstelle besitzen. Derzeit existieren verschiedene Koordinierungsstellen nebeneinander, mit jeweils unterschiedlichem Mandat, Aufgabenbereich, und Finanzierungsmodell. Wie weiter oben ausführlich diskutiert wurde, ist eine zentrale, kommunale Koordinationsstelle in der Lage, multiple Win-Win-Situationen zu erzeugen. Ehrenamtsinteressierte können umfassend informiert und an geeignete Stellen vermittelt werden, was die jeweiligen Institutionen, in denen Ehrenamtliche eingesetzt werden, stark entlastet. Zudem kann ein Supervisions- und Weiterbildungsprogramm am besten aus einer zentralen Position heraus gesteuert werden. Die in der Stadt Leipzig existierende Freiwilligenagentur wäre dazu geeignet, einen entsprechenden Handlungsauftrag auszuführen. Die Voraussetzung dafür ist zum einen die technische und personelle Ertüchtigung, zum anderen die Bereitschaft aller relevanten Institutionen, sich auf eine derartige Vernetzung einzulassen, sowie die nachhaltige Finanzierung der Koordinationsarbeit.

Best Practice: Zentrale Ehrenamtskoordination und Integrationsmanagement in Baden-Württemberg

Seit mehreren Jahren fördert das Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg Stellen für kommunale Flüchtlingsbeauftragte, die unter anderem als Schnittstelle zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft fungieren sollen. Mit dem im April 2017 verabschiedeten Pakt für Integration stellt das Land den Kommunen für die Jahre 2017 und 2018 insgesamt 116 Millionen Euro für die Finanzierung von rund 1.000 Integrationsmanagern in Städten und Gemeinden zur Verfügung. Dabei sind die Kommunen selbst für die Einstellung und Aufgabenkonzeption der Integrationsmanager/innen zuständig. Die Chance derartiger zentraler Anlaufstellen besteht darin, dass einerseits Ehrenamtlichen verlässliche Ansprechpartner/innen geboten werden und andererseits Bedarfe und Positionen aus der Zivilgesellschaft gebündelt an die Verwaltung rückgemeldet werden können.

Quelle: Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg 2017; Schammann/Kühn 2017

Begegnung auf Augenhöhe: Die Ergebnisse der Interviews mit den Sozialbetreuer/innen ebenso wie die Evaluierungsgespräche auf Basis der ersten Auswertungen haben gezeigt, dass die Abstimmung zwischen zivilgesellschaftlichen und hauptamtlichen Akteur/innen und die Anerkennung des jeweiligen Tuns einer Verbesserung bedarf. Wie bereits andere Studien resümierten, bedarf es nicht nur einer öffentlichen Wertschätzung ehrenamtlicher Initiativen, sondern vor allem ein Einbeziehen zivilgesellschaftlicher Akteur/innen in Planungs- und

Aushandlungsprozesse und eine transparente Kommunikation, z.B. in Form eines Runden Tisches, an dem kleine und große zivilgesellschaftliche Institutionen sowie Vertreter/innen hauptamtlicher Stellen regelmäßig zusammenkommen, um über aktuelle Entwicklungen und geplante Maßnahmen zu diskutieren und zu informieren (vgl. Schammann/Kühn 2017: 27; Brettschneider 2016).

<p>Best Practice: Runder Tisch Ehrenamt der Stadt Erlangen</p>

<p>In Erlangen werden von rund 500 ehrenamtlichen Gruppen, Institutionen und Vereinen, sowie von zahlreichen Einzelpersonen im sozialen, kulturellen, sportlichen, kirchlichen und im Umweltbereich enorme Leistungen für eine lebendige Bürgergesellschaft erbracht. Der Runde Tisch Ehrenamt wurde 1998 ins Leben gerufen. Er beschäftigt sich als beratendes Gremium der Stadt Erlangen mit den Belangen ehrenamtlich Tätiger, mit dem Ziel, ehrenamtliches Engagement durch geeignete Maßnahmen und Veranstaltungen zu unterstützen, die Vernetzung der ehrenamtlichen Gruppen untereinander zu fördern, sowie neue Ehrenamtliche zu gewinnen.</p>
--

Quelle: http://www.ehrenamt-erlangen.de/runder_tisch.htm

Wohnen als zentrales Handlungsfeld: Leipzig ist eine stark wachsende Stadt, was einerseits Schwierigkeiten hinsichtlich der Integration von Geflüchteten auf dem angespannten Wohnungsmarkt nach sich zieht, andererseits jedoch durch den wachstumsbedingt notwendigen Ausbau der sozialen Infrastruktur die Möglichkeit bietet, die Belange der Geflüchteten von vornherein mit einzubeziehen. Dabei sollte die Sozialraumorientierung, wie sie seit Jahren im Rahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes verfolgt wird, als planerischer Maßstab beibehalten und im behördlichen Handeln möglichst weiter verstärkt werden. Angesichts der allgemeinen Situation auf dem Wohnungsmarkt und den besonderen Problemen Geflüchteter, sich in den Strukturen des Wohnungsmarktes zu orientieren, sich gegen Diskriminierung durchzusetzen und eine Wohnung in angemessener Größe und Bezahlbarkeit zu finden, bedarf es professioneller Vermittlungsarbeit, wie sie die Kontaktstelle Wohnen in Leipzig bietet. Ein Ausbau dieser Serviceeinrichtung und eine nachhaltige und angemessene Finanzierung dienen dazu, Obdachlosigkeit zu verhindern, und sollte daher als kommunale Pflichtaufgabe verstanden werden.

<p>Best Practice: Kontaktstelle Wohnen</p>

<p>Die Kontaktstelle Wohnen hilft geflüchteten Menschen, in Leipzig eine Wohnung oder ein WG-Zimmer zu finden. Geflüchtete werden mit ehrenamtlichen Wohnungspat/innen zusammengeführt, die sie ehrenamtlich bei der Suche unterstützen. Geflüchtete und Ehrenamtliche werden während ihrer gemeinsamen Suche von der Kontaktstelle Wohnen unterstützt. Sie bekommen notwendige Informationen und Unterlagen und können in einer Sprechstunde Rat einholen. Regelmäßig werden Workshops angeboten, in denen Fragen zur Wohnungssuche, zu den Rechten von Geflüchteten, zum Wohnungsmarkt oder zu anderen Themen beantwortet werden. Die Kontaktstelle Wohnen ist zudem Ansprechpartnerin für Vermieter/innen, die Geflüchteten zu einer Wohnung verhelfen wollen.</p>

Quelle: Kontaktstelle Wohnen 2017

Bildung als zentrales Handlungsfeld: Die Heranführung der vielfach jungen und jugendlichen Geflüchteten an Bildung und Ausbildung ist ein Prozess, der einen langen Atem und eine gute Koordination benötigt. Dabei besitzt die Stadt Leipzig in diesem Handlungsfeld besondere Kompetenzen, die sie sich unter anderem als Teilnehmerin am Bundesprogramm „Lernen vor Ort“¹¹ erworben hat. Die dort gewonnenen Erkenntnisse, insbesondere hinsichtlich der Bedeutung von Sozialarbeit im Bildungsbereich, der Effektivität einer Begleitung von Bildungsübergängen sowie die Notwendigkeit einer orientierenden Bildungsberatung in Form einer Verweisberatung können und sollten auf den Bereich der Bildungsintegration von Geflüchteten übertragen werden. In diesem Zusammenhang ist auf die interkulturelle Kompetenz der Akteure im Feld zu achten und diese ggf. auszubauen. Zudem sollte die orientierende Bildungsberatung hinsichtlich der Bedarfe von Geflüchteten (personell und finanziell) erweitert werden. Angesichts der großen Zahl von jungen Asylsuchenden mit unterbrochener Bildungsbiographie wird sich diese Investition langfristig auszahlen.

Best Practice: Bildungsberatung
--

<p>Die Leipziger Bildungsberatung ist ein Angebot der Stadt Leipzig, welches im Rahmen des Bundesprogramms „Lernen vor Ort“ speziell für die Bedürfnisse im Kontext des lebenslangen Lernens entwickelt wurde. Sie ist anbieterneutral, vertraulich und kostenfrei und dient als erste Anlaufstelle für Menschen, die nach neuen Lernangeboten suchen, welche der Entfaltung der Persönlichkeit dienen und berufliche und gesellschaftliche Chancen eröffnen. Geschulte Berater/innen evaluieren gemeinsam mit den Klient/innen die aktuelle Lebenssituation, Wünsche und Bedürfnisse und bestehende Qualifikationen. Sie geben einen Überblick über alle zur Verfügung stehenden Lernangebote in Leipzig, zeigen Finanzierungsmöglichkeiten auf und vermittelt bei Bedarf an spezialisierte Beratungseinrichtungen weiter. Seit dem Start der Leipziger Bildungsberatung im Februar 2011 bis zum 31.12.2006 wurden insgesamt 2.961 Beratungen durchgeführt. Das Angebot wird insbesondere von jüngeren Erwachsenen zwischen 20 und 40 Jahren und von Frauen wahrgenommen; der Anteil von Klient/innen mit Migrationshintergrund liegt mit knapp einem Fünftel deutlich über ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung (2016: 13,4%).</p>

Quelle: Stadt Leipzig (o.J.)

Arbeit als zentrales Handlungsfeld: Mit der Klärung des Flüchtlingsstatus sind die Perspektiven der Geflüchteten wie ihrer Helfer zunehmend auf den Aufbau eines selbständigen Lebens ausgerichtet. Hierfür müssen viele Hürden bewältigt werden, angefangen bei sprachlichen Schwierigkeiten, über die Anerkennung von Ausbildungszertifikaten, Vermittlung in Weiterbildungsangebote sowie Vermittlung zu passenden Arbeitgebern. Ähnlich wie im Bildungsbereich werden auch hier ein langer Atem

¹¹ Die Initiative „Lernen vor Ort“ bot zwischen 2009 und 2014 für Kreise und kreisfreie Städte die Rahmenbedingungen, ein kohärentes kommunales Bildungsmanagement zu entwickeln und zu verstetigen. Kernpunkte des Programms waren die (sozialräumliche) Vernetzung von formalen und non-formalen Bildungsangeboten, die Förderung lebenslangen Lernens, der Aufbau eines Bildungsmonitoring-Systems und die Abstimmung von Planungs- und Steuerungsprozessen im Bildungsbereich (Bundesministerium für Bildung und Forschung o.J., vgl. auch <http://www.leipzig.de/jugend-familie-und-soziales/schulen-und-bildung/bildungsmanagement/>).

und eine passgenaue und kultursensible Begleitung benötigt. Fehlen diese, wird sich dies langfristig auf die Anzahl von unterstützungsbedürftigen Menschen auswirken, die bereits im laufenden Jahr 2017 erheblich angewachsen ist. Allein zwischen Frühjahr und Herbst 2017 stieg die Zahl der Geflüchteten in Leipzig, die Leistungen nach SGB II erhalten, von 5.458 auf 8.729 Personen an.

Best Practice: Upwardly Global

Upwardly Global ist eine Organisation, die Migrant/innen und Geflüchteten mit abgeschlossenem Studium oder Berufsausbildung in den USA dabei hilft, sich in den amerikanischen Arbeitsmarkt zu integrieren. Dabei wird in mehreren Schritten vorgegangen. Für die Geflüchteten stehen zunächst online Kurse zur Erstellung ihrer Bewerbungsunterlagen und Vorbereitung auf ein Vorstellungsgespräch zur Verfügung. Ein persönlicher Coach berät bei der Jobsuche und vermittelt Kontakte durch ein großes Netzwerk an Ehrenamtlichen, die wiederum ihre beruflichen Kontakte einfließen lassen. Für Arbeitgeber werden Beratungs- und Vermittlungsgespräche angeboten, um eine/n möglichst passgenaue/n Bewerber/in aus dem Kreis der Geflüchteten oder Migrant/innen zu finden; zur Vorbereitung der Belegschaft werden Diversitäts- und Inklusionskurse angeboten und die Beschäftigten werden dazu angeregt, sich als Mentor/in für eine/n neue/n Kollegen/Kollegin mit Migrationshintergrund zur Verfügung zu stellen. Upwardly Global hat bislang rund 4.500 Migrant/innen in qualifizierte Berufe vermittelt, 50% davon in die stark nachgefragten Berufe im MINT Bereich bzw. im Gesundheitswesen.

Quelle: <https://www.upwardlyglobal.org/about-us/>

Leipzig als Stadt der Vielfalt: Leipzig hatte bereits vor der Flüchtlingszuwanderung mit einem erheblichen sozialen Gefälle zu kämpfen. Vielfach übersetzt sich das Gefühl der sozialen Ausgrenzung in die Hinwendung zu Positionen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und entsprechenden extremistischen Einstellungen. Die Stadtgesellschaft sollte an dieser Stelle wachsam sein und im gesellschaftlichen Dialog klare Grenzen setzen, was extremistische Einstellungen angeht. Diese Rolle fällt vor allem den besonders exponierten städtischen Akteur/innen zu, die sich nicht nur dezidiert gegen menschenfeindliche Aktivitäten stellen müssen, sondern die die Zugehörigkeit der neu angekommenen Asylsuchenden zur Stadtgesellschaft betonen und daraus die kollektive Verantwortung zu deren bestmöglicher Integration ableiten müssen. Zugleich muss darauf hingearbeitet werden, dass sozial benachteiligte autochthone Bevölkerungsgruppen sich keiner erneuten Konkurrenzsituation durch die Geflüchteten hinsichtlich öffentlicher Aufmerksamkeit und materieller Hilfe ausgesetzt sehen. Hilfreich könnte an dieser Stelle eine Positionierung hinsichtlich der Diversität sein, die an die Strategie „Leipzig. Ort der Vielfalt“ anknüpft, welche im Bundesprogramm „Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ (2007 bis 2010) gefördert wurde. Die während dieser Zeit entstandenen Ansätze, Strategien und Initiativen sollten in einem Leitbild gebündelt und damit nach außen stärker sichtbar gemacht werden, das die Stadt als inklusiven Ort für Bürger/innen der unterschiedlichsten

Lebensformen und Lebenszusammenhänge positioniert und die Qualität des gesellschaftlichen Zusammenlebens als Gemeinschaftsaufgabe definiert.

Best Practice: Internationalität und Diversity Management in der Stadt Frankfurt am Main

Mit der Gründung des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten, der bundesweit ersten Institution dieser Art, hat Frankfurt eine Vorreiterrolle im Bereich der Integrationspolitik eingenommen. Ein weiterer Meilenstein ist das 2010 von der Stadtverordnetenversammlung mit großer Mehrheit angenommene Integrations- und Diversitätskonzept. Die Stadt Frankfurt bekennt sich damit zu einer modernen Integrationspolitik, in der es nicht mehr darum geht, Minderheiten in eine vermeintlich homogene Mehrheit zu integrieren, sondern um die Frage, wie wir in einer durch Vielfalt geprägten Gesellschaft die Zukunft gemeinsam gestalten. Rund 50.000 Bürger/-innen haben sich in Online-Foren sowie in zahlreichen Veranstaltungen und Gesprächsrunden an der Erstellung des Konzepts beteiligt. Bestandteil des Diversity Managements ist auch ein Integrations- und Diversity-Monitoring, welches die Möglichkeit gibt, integrationspolitische Entwicklungen und Ziele zu quantifizieren.

Quelle: Charta der Vielfalt e.V. 2011

Die hochdynamische Asylzuwanderung des Jahres 2015 hat große Teile der Stadtgesellschaft mobilisiert und damit spezifische Stärken, aber auch Schwachstellen verdeutlicht. Während im ersten Jahr der sog. „Flüchtlingskrise“ allorts kurzfristiges Handeln, Nothilfe und provisorische Lösungen im Mittelpunkt standen, ist es nun – im Jahr drei – an der Zeit, die bislang aufgebauten Strukturen und Strategien zu reflektieren und „zukunftsfest“ zu machen. Dazu gehört, die so wünschenswerte zivilgesellschaftliche Beteiligung auf eine stabile Grundlage zu stellen. Dabei sollte die existierende Akteursvielfalt nicht eingeengt werden, sondern es sollten Koordinierungsstrukturen geschaffen werden, die die Eigenarten und Stärken der jeweiligen Akteur/innen in Beziehung zu den anderen Akteur/innen bringen und damit zu einem bestmöglichen Ergebnis für die Gesamtgesellschaft führen.

Literaturverzeichnis

Ahrens, Petra-Angela (2017): Skepsis und Zuversicht. Wie blickt Deutschland auf Flüchtlinge? Herausgegeben vom Sozialwissenschaftlichen Institut der EKD (SI). Hannover: creo-media GmbH. Verfügbar unter https://www.si-ekd.de/download/Fluechtlingsstudie_SP_PW_final.pdf (letzter Zugriff 24.08.2017).

Aumüller, Jutta, Priska Daphi, Celine Biesenkamp (2015): Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen: Behördliche Praxis und zivilgesellschaftliches Engagement. Stuttgart: Robert-Bosch-Stiftung GmbH.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2016): Das Bundesamt in Zahlen 2015. Asyl. Nürnberg.

Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e.V. BAGFA (Hrsg.) (2017): Im Spiegel der Freiwilligenagenturen: Das Engagement für und mit Flüchtlinge(n). Herausforderungen und Gestaltungsmöglichkeiten. Verfügbar unter http://www.kultur-oeffnet-welten.de/media/material-downloads/2016_bagfa_analyse_fluechtlingshilfe.pdf (letzter Zugriff 24.08.2017).

Bundesministerium für Bildung und Forschung (o.J.): Das Förderprogramm „Lernen vor Ort“. Verfügbar unter <http://www.lernen-vor-ort.info/121.php> (letzter Zugriff 24.08.2017).

Charta der Vielfalt e.V. (2011): Stadt der Vielfalt. Internationalität und Diversity Management in der Stadt Frankfurt am Main. Verfügbar unter <https://www.charta-der-vielfalt.de/service/publikationen/weltoffen-zukunftsaehig/internationalitaet-und-vielfalt-im-oeffentlichen-und-pflegebereich/stadt-der-vielfalt.html> (letzter Zugriff 20.09.2017).

Glorius, Birgit (2016): Flucht, Ankunft und wie weiter? Erste Einschätzungen zur regionalen Verteilung und Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen. In: Junkernheinrich, M. und J. Lange (eds.), Föderale Finanzbeziehungen unter Druck. Von der Flüchtlingspolitik bis zur Reform des Länderfinanzausgleichs. Loccumer Protokoll 14/16. Rehburg-Loccum: Evangelische Akademie Loccum, 11-32.

Holinski, Katrin, Sächsischer Flüchtlingsrat (2015): „Ihr macht das schon...“. Zur Abgrenzung von qualifizierter hauptamtlicher Flüchtlingssozialarbeit und ehrenamtlicher Arbeit im Bereich Flucht und Asyl in Sachsen. = Asyl in Sachsen. Expertise aus der lokalen Praxis. Reihe Weiterdenken, „Migration“, Heinrich-Böll-Stiftung.

Johansson, Susanne (2016): Was wir über Flüchtlinge (nicht) wissen. Der wissenschaftliche Erkenntnisstand zur Lebenssituation von Flüchtlingen in Deutschland. Eine Expertise im Auftrag der Robert Bosch Stiftung und des SVR-Forschungsbereichs.

Kammerer, Ulrike (2016): „Willkommen!“ Bürgerschaftliches Engagement in der Flüchtlingshilfe. In: Deutschland & Europa. Zeitschrift für Gemeinschaftskunde, Geschichte und Wirtschaft. Hrsg. v.d. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, 64-67.

Karakayali, Serhat (2016): Willkommensgesellschaft stärken. Handlungsempfehlungen zur Unterstützung ehrenamtlicher Flüchtlingsarbeit. (Böll brief #2, Teilhabegesellschaft). Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung. Verfügbar unter <https://www.boell.de/sites/default/files/2016-06-boell-brief-willkommensgesellschaft.pdf> (letzter Zugriff 24.08.2017).

Karakayali, Serhat und Olaf Kleist (2015): EFA-Studie 2:Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit (EFA) in Deutschland. 2. Forschungsbericht: Ergebnisse einer explorativen Umfrage vom November/Dezember 2015. Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM). Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin. Verfügbar unter http://www.bim.hu-berlin.de/media/Studie_EFA2_BIM_11082016_V%C3%96.pdf (letzter Zugriff 12.09.2017).

Kontaktstelle Wohnen Leipzig (2017): Kontaktstelle Wohnen Leipzig – Über uns. Verfügbar unter <https://www.kontaktstelle-wohnen.de/de/ueber-uns.html> (letzter Zugriff 20.09.2017).

Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg (2017): Pakt für Integration: Land unterstützt Kommunen bei Integrationsarbeit. Verfügbar unter <https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/integration/pakt-fuer-integration/> (letzter Zugriff: 20.09.2017).

Sächsisches Staatsministerium des Innern (2014): „Unterbringungs- und Kommunikationskonzept für Asylbewerber. Medieninformation vom 21.02.2014.

Schammann, Hannes, Boris Kühn (2017): Kommunale Flüchtlingspolitik in Deutschland. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung. Verfügbar unter <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/12763.pdf> (letzter Zugriff 24.08.2017).

Schiffauer, Werner, Anne Eilert, Marlene Rudloff (Hrsg.) (2017): So schaffen wir das – eine Zivilgesellschaft im Aufbruch. Bielefeld: transcript.

Speth, Rudolf, Elke Becker (2016): Zivilgesellschaftliche Akteure und die Betreuung geflüchteter Menschen in deutschen Kommunen, Opuscula 92. Berlin: Maecenata Institut. Verfügbar unter <https://difu.de/node/10591> (letzter Zugriff 24.08.2017).

Stadt Leipzig, Referat für Migration und Integration (2016): Ehrenamtliches Engagement in der Leipziger Flüchtlingshilfe. Wegweiser. Stand: August 2016. Verfügbar unter http://www.leipzig.de/fileadmin/mediendatenbank/leipzig-de/Stadt/02.1_Dez1_Allgemeine_Verwaltung/18_Ref_Migration_und_Integration/Ehrenamt_in_der_Fluechtlingshilfe/Wegweiser_Ehrenamtliches_Engagement_Fluechtlingshilfe.pdf (letzter Zugriff 25.08.2017).

Stadt Leipzig (2017): Aktueller Sachstand und weitere Planungen der Unterbringung von Geflüchteten in der Zuständigkeit der Stadt Leipzig. Stand: 17.10.2017. Informationsvorlage Nr. VI-Ifo-04858. Leipzig.

Stadt Leipzig (o.J.): Leipziger Bildungsberatung. Verfügbar unter <http://www.leipzig.de/jugend-familie-und-soziales/schulen-und-bildung/bildungsmanagement/bildungsberatung-leipzig/> (letzter Zugriff 20.09.2017).

Stiftung Bürger für Leipzig (2017): Wegweiser Flüchtlingshilfe. Verfügbar unter <https://www.buergerfuerleipzig.de/projekte/netzwerk-fluechtlingsinitiativen/wegweiser> (letzter Zugriff 20.09.2017).

Vertovec, Steven, Susanne Becker, Annett Fleischer, Miriam Schader, Shahd Wari (MPI-MMG) (2017): Addressing the diversity of asylum-seekers' needs and aspirations. A Report to the Volkswagen Foundation. MMG Working Paper 17-05. Max-Planck-Institut zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften: Göttingen.